

ZEUGNISCHREIBBÜCHER

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
Boehm, Hermann, GenAdm, a.D. katalogisiert Seite: 1-6, 54-66 Sachkatalog:	12	1	Vermerk: Personent Boehm, Hermann, GenAdm, a.D. Hitler, Adolf I Hitler, Adolf III - 1, [22.8.1939] Dat. v. Mei
katalogisiert Seite: 6-15 Sachkatalog: Bes. Geb. B VII - 2			Personen: Boehm, Hermann, GenAdm, a.D. Quisling, Vidkun. Terboven, Josef, RL Hitler, Adolf I Hitler, Adolf II - 1, Terboven, Josef, RL Raeder, Erich, OBdM Dat. v. Mei
katalogisiert Seite: 16-21 Sachkatalog: Fritschkrise			Personen: Boehm, Hermann, GenAdm, a.D. Hitler, Adolf I Hitler, Adolf III - 1 [3. oder 5.1.1935] Hitler, Adolf II - 3, Fritschkrise Dat. v. Mei
katalogisiert Seite: 22-25 Sachkatalog: Wehrm. III - Verhältn. zur NSDAP Weimarer Republik I			Personen: Boehm, Hermann, GenAdm, a.D. Dat. v. Mei

ZEUGENSCHRIFTUM

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
Boehm, Hermann, GenAdm, a. D.	12	1	
katalogisiert Seite: 26-31			
Sachkatalog: Widerstand I Bundeswehr I	Personen: Boehm, Hermann, GenAdm, a. D.		
<i>Ref. v. Mei</i>			
katalogisiert Seite: 26-53			
Sachkatalog: Widerstand I Bundeswehr I Eid-Wehrmacht Strafrecht V - Hoch-u. Landesverrat	Personen: Boehm, Hermann, GenAdm, a. D.		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		

5.)

Zs^t 12: Boehm,
Hermann

Ich sollte als Zeuge nach Nürnberg kommen,
war aber durch Krankheit & weiterer Reise ver-
hindert. Ich wurde daher zweimal mit Auto bis
Hamburg befördert u. dort auf Anord. und des IMP
durch den dazu entsandten Rechtsanwalt Siemers
vernommen, wozu als Unterlage ein Fragebogen von
Sir David Maxwell Fyfe dienste. Vor einem Notar
 fand abschließend die Beeidung statt.

Gen. Adm. Boehm

S. auch unter
Dokumenten 136.1-10¹

00001

Hamburg, den 12. Juni 1946.

A F F I D A V I T.

Ich, Generaladmiral Hermann B o e h m, Karutendorf bei Kiel, geboren am 18. Januar 1884, gebe nachfolgende eidesstattliche Erklärung ab, und zwar auf Wunsch des Verteidigers Dr. Siemers, der das Affidavit vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg versenden will. Ich bin mir über die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung klar und bin mir bewusst, dass eine falsche eidesstattliche Versicherung strafbar ist.

I-

Ich war von Herbst 1938 bis Herbst 1939 Flottenchef. Im Sommer 1939 - ich glaube, dass es im Juni 1939 war - war Grossadmiral Raeder zu einem monatlichen Besuch bei mir auf meinem Flaggsschiff. Ich nahm die Gelegenheit wahr, um mit Grossadmiral Raeder unter 4 Augen über die militär-politische ~~Entwicklung und be~~ Lage zu sprechen. Ich war in Sorge über die politische Entwicklung und befürchtete die Entwicklung zum Kriege. Aus diesem Grunde stellte ich an Grossadmiral Raeder die Frage, ob er Hitler restlos darüber aufgeklärt habe, dass unter keinen Umständen eine Entwicklung eintreten dürfe, die zu einem Kriege mit England führen könne, und dass die Marine für einen erfolgreichen Seekrieg in keiner Weise vorbereitet sei, und ob er auch dem Führer allgemein klargemacht hätte, was ein Krieg gegen eine grosse Seemacht wie England bedeute. Grossadmiral Raeder erwiderte mir, dass er dies mehr als einmal Hitler gegenüber vorgetragen habe, und dass er seine Darlegungen an Hitler abgeschlossen habe mit dem fundamentalen Satze, die Marine könne in einem solchen Falle nichts anderes tun, "als in Schönheit sterben".

Auch bei anderen Gelegenheiten hat Raeder mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass Hitler es auf keinen Fall zu einem Kriege mit England kommen lassen wolle.

II.

Am 22. August 1939 hielt Hitler vor den Spitzen der deutschen Wehrmacht eine Rede auf dem Obersalzberg. Ich war während der ganzen Rede zugegen; sie dauerte etwa 2 bis 2 1/2 Stunden. Die Rede wurde im Arbeitszimmer von Hitler gehalten und

und zwar in ~~etwa~~ 2 Abschnitten. Den grösseren Teil der Rede hielt Hitler vor dem auf der Terrasse des Berghauses stattfindenden gemeinsamen Frühstück, den zweiten, kürzeren Teil anschliessend wieder in seinem Arbeitszimmer. Ein offizielles Protokoll über die Rede ist nach meiner Ueberzeugung nicht aufgenommen. Irgend eine Diskussion hat nicht stattgefunden.

Während der Rede habe ich fortlaufend in Stichworten die Worte Hitlers mitgeschrieben, an besonders wichtigen Stellen habe ich den genauen Wortlaut aufgezeichnet.

In Anschluss an die Ansprache fuhren Generalde-
niral Albrecht, Vizeadmiral Dönitz und ich sofort im Auto nach München zurück, wo wir im Hotel "Vier-Jahreszeiten" wohnten. Dort habe ich unverzüglich an Hand meiner Notizen die Rede aufgezeichnet und diese Aufzeichnung für mich aufbewahrt. Diese Aufzeichnung habe ich Dr. Siemers unverändert übergeben, und dieser hat sie jetzt laut der mir vorgelegten Urkunde als Saader-Exhibit No. 27 dem Gericht vorgelegt.

Ich habe die Rede mit absoluter Genauigkeit aufgezeichnet und kann unter Eid bestätigen, dass sie in dieser Form gehalten ist; insbesondere bestätige ich, dass alle schwerwiegenden und besonderen Gedankengänge und Worte in meiner Aufzeichnung enthalten sind.

Dr. Siemers hat mir die von der Anklage vorgelegten Fassungen dieser Rede, nämlich die Dokumente 796 PS und 1014 PS vorgelegt. Ich habe meine Fassung jetzt mit diesen beiden Fassungen verglichen. Es ist mir zunächst aufgefallen, dass beide Dokumente weder ein Datum über den Tag der Aufzeichnung, noch eine Unterschrift tragen, sodass ich nicht weiss, wer für diese Aufzeichnung verantwortlich ist. Demgegenüber möchte ich betonen, dass ich für meine Aufzeichnung die volle Verantwortung übernehme.

Beim Vergleich dieser 3 Fassungen habe ich festgestellt, dass in den Dokumenten 796^{PS} und 1014^{PS} verschiedene Redewendungen enthalten sind, die sich in meiner Fassung nicht finden, bzw. nicht mit ihr übereinstimmen. Ich erkläre unter Eid, dass die nachfolgend aufgeführten Redewendungen in diesen Dokumenten von Hitler bei seiner Rede teils überhaupt nicht geäußert, teils in anderer Form und in anderem Sinne gebracht worden sind;

Zu Dokument 798 PS.

(Bemerkung : Die nachfolgenden Zahlen der Seiten und Zeilen stimmen mit der mir ebenfalls vorgelegten von Sir David Maxwell Fyfe eingersichteten Zusammenstellung überein.)

- S.1,Z 5: "Danach ~~wären~~ werden wir militärische Einzelheiten besprechen"
Stellungnahme:
Der Satz ist nicht gebraucht, militärische Einzelheiten sind auch in 798 PS nicht gefolgt.
- S.1,Z 7-10: "Ich fasste den Entschluss, bereits im Frühjahr, dachte aber, dass ich mich zunächst in einigen Jahren gegen den Westen wenden würde und dann erst gegen den Osten".
Stellungnahme:
Die Fassung meiner Aufzeichnung S 1, Z 5-8 ist unbedingt richtig in Sonderheit ist die Redewendung, dass Hitler sich zunächst gegen den Westen wenden würde, was also eine Angriffsabsicht gegen die Westmächte ausgedrückt hätte, auf keinen Fall gebracht worden.
- S.1,Z 12-14: "Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen."
Stellungnahme:
Der Satz ist nicht gebraucht worden. Es gilt das Gleiche, wie vorher ausgeführt, dass Hitler auf keinen Fall eine Absicht, gegen den Westen kämpfen zu wollen, zum Ausdruck gebracht hat.
- S.1,Z 23-24: "Wesentlich hängt es von mir ab, von meinem Dasein, wegen meiner politischen Fähigkeiten."
Stellungnahme:
Der Ausdruck "wegen meiner politischen Fähigkeiten" ist nicht gebraucht worden.
- S.2,Z 15-18: "Bei uns ist das Fassen von Entschlüssen leicht. Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkung so, dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können."
Stellungnahme:
Die Fassung in meiner Aufzeichnung S 2, Z.21-26, ist unbedingt richtig, vor allem ist der Satz "Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen" nicht gebraucht.
- S.2,Z 18-19: "Göring kann das bestätigen."
Stellungnahme:
Dies ist zutreffend. Hitler fügte dies ein, wobei Göring kurz ja sagte, ohne zu weiteren Ausführungen zu kommen.
- S.3,Z 12-17: "Die Gründung Großdeutschlands war politisch eine grosse Leistung, militärisch war sie bedenklich, da sie erreicht wurde durch einen Bluff der politischen Leitung."
Stellungnahme:
Die Formulierung und der Sinn war völlig anders und bestimmt so, wie in meiner Aufzeichnung S 4, Z 6-19. Insbesondere wurde auf keinen Fall die Gründung Großdeutschlands als durch einen Bluff der politischen Leitung erreicht bezeichnet.
- S 3,Z 18-20: "Meine bisherige politische Politik stand in Gegensatz zu der Auffassung des Volkes."
Stellungnahme:
Der Satz ist nicht gebraucht.

S 5, Z 31-33: "nach Eroberung Polens. Die Gegner haben nicht mit meiner grossen Entschlusskraft gerechnet. Unsere Gegner sind kleine Fürmchen. Ich sah sie in München."
 Stellungnahme:
 Beide Sätze, besonders die Beurteilung der Gegner, sind nicht gebracht worden.

S 6, Z 17-21: "Ich habe nur Angst, dass mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt. Die politische Zielsetzung geht weiter. Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gemacht."
 Stellungnahme:
 Weder der Satz hinsichtlich des Vermittlungsvorschlages, noch besonders hinsichtlich der Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gesprochen worden. Es sind glatte Erfindungen, ebenso wie auch das Wort "Schweinehund".

Zu Dokument 1014 PS.

(Bemerkung : Die nachfolgenden Buchstaben stimmen mit der mir ebenfalls vorgelegten von Sir David Maxwell Fyfe eingereichten Zusammenstellung überein.)

P "Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie."
 Stellungnahme :
 Es ist nie von der Vernichtung Polens oder der Beseitigung der lebendigen Kräfte des polnischen Volkes als solchem gesprochen worden, sondern stets nur von dem Zerbrechen der militärischen Kräfte.

S und T "Herz verschlossen gegen Mitleid? Hartes Vorgehen."
 Stellungnahme :
 Es ist nie in der Rede Hitlers ein brutales Vorgehen gefordert worden. Die Aufforderung zur Härte bezog sich im Wortlaut und Sinn auf die Führung des Kampfes ebenso gegen die feindliche Wehrmacht, wie im Einsatz der eigenen Truppe zur schnellsten Beendigung des Konfliktes.

V "Der Stärkere hat das Recht."
 Stellungnahme :
 Der Satz ist nicht gesprochen.

BB : "Neu deutsche Grenzführung nach gesunden Gesichtspunkten, evtl. Protektorat als Vorwand."
 Stellungnahme :

Es ist nur von einer späteren neuen Grenzziehung, nicht von einem Protektorat gesprochen worden.

DD : "Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel."
 Stellungnahme:
 Der Satz ist bestimmt nicht gesprochen.

Der Vergleich meiner Aufzeichnungen mit den Dokumenten Nr. 798 ^{PS} und 1014 PS lässt mich ~~letztere~~ ^{beide} als ungenau und oberflächlich geführt beurteilen. Ich bin ferner der Ansicht, dass einzelne besonders belastende Stellen nachträgliche Darstellungen oder Irrtümer sind, die darauf beruhen, dass

Aufzeichnungen nicht sofort, sondern erst nach Ablauf einer gewissen Zeit erfolgten.

Zusammenfassend möchte ich hinsichtlich der Rede Hitlers als die stärksten Eindrücke, die ich damals davon erhielt, folgendes bezeichnen :

1.) Hitler stand unter der Ueberzeugung, einer national-ideologischen unvermeidbaren Notwendigkeit für Berichtigung der Grenzen im Osten, als er den Krieg gegen Polen begann. "Für uns besteht nur die Alternative zu handeln oder auf die Dauer vernichtet zu werden" (siehe meine Aufzeichnung Seite 5, Z.20-21)

2.) Hitler glaubte in der Tat mit fast 100% Sicherheit, an ein Stillhalten Englands im Falle eines Konfliktes Deutschland-Polen. Es war der grundlegende Irrtum Hitlers zu glauben, dass England nach dieser Entwicklung bei einem Angriff auf Polen nicht eingreifen würde. "Es erscheint mir daher ausgeschlossen, dass ein verantwortlicher englischer Staatsmann in dieser Lage das Risiko eines Krieges für England übernimmt." (siehe meine Aufzeichnung S.8, Z.7 -9).

Ich empfand diese Verkennung angelsächsischer Mentalität durch Hitler, den Binnenländer, der nie das Ausland und die Welt persönlich kennen gelernt hatte, als eine Katastrophe für ihn, vor allem für das deutsche Volk.

3.) Hitler hat mit keinem Wort und in keiner Weise zu irgendwelchen Unmenschlichkeiten und völkerrechtswidrigen Handlungen in der Art der Kriegsführung aufgefordert. In Sonderheit hat er mit keinem Worte die Vernichtung des polnischen Staates oder Volkes als Kriegsziel hingestellt. Seine Forderung nach "Härte" empfand ich ebenso für den Kampf gegen die feindlichen Truppen gemeint, wie auch in gleicher Weise gegen uns selbst als Führer unserer Wehrmacht und im Einsatz unserer eigenen Streitkräfte.

III.

Von Herbst 1939 bis April 1940 hatte ich kein Kommando, sondern war beurlaubt. Zu einer neuen Tätigkeit wurde ich erst im März 1940 wieder herangezogen. Ich wurde kurz nach Berlin zur Seekriegsleitung gerufen, wo Grossadmiral Raeder mir mitteilte,

dass er mich als seinen Bevollmächtigten und Kommandierenden Admiral der deutschen Marinestreitkräfte in Norwegen vom Zeitpunkt der bevorstehenden Besetzung ab vorgesehen habe. Am 9. April 1940 nachmittags, also am Tage der Besetzung Norwegens, verliess ich Hamburg mit Flugzeug und landete gegen Abend in Oslo. Ich übernahm den Posten des Kommandierenden Admirals in Norwegen und blieb in dieser Stellung bis zum Rücktritt Raeders im Januar 1943. Mit Schreiben vom 4. Februar 1943 wurde ich von meinem Posten von dem neuen Oberbefehlshaber Grossadmiral Dönitz abgerufen und verabschiedet.

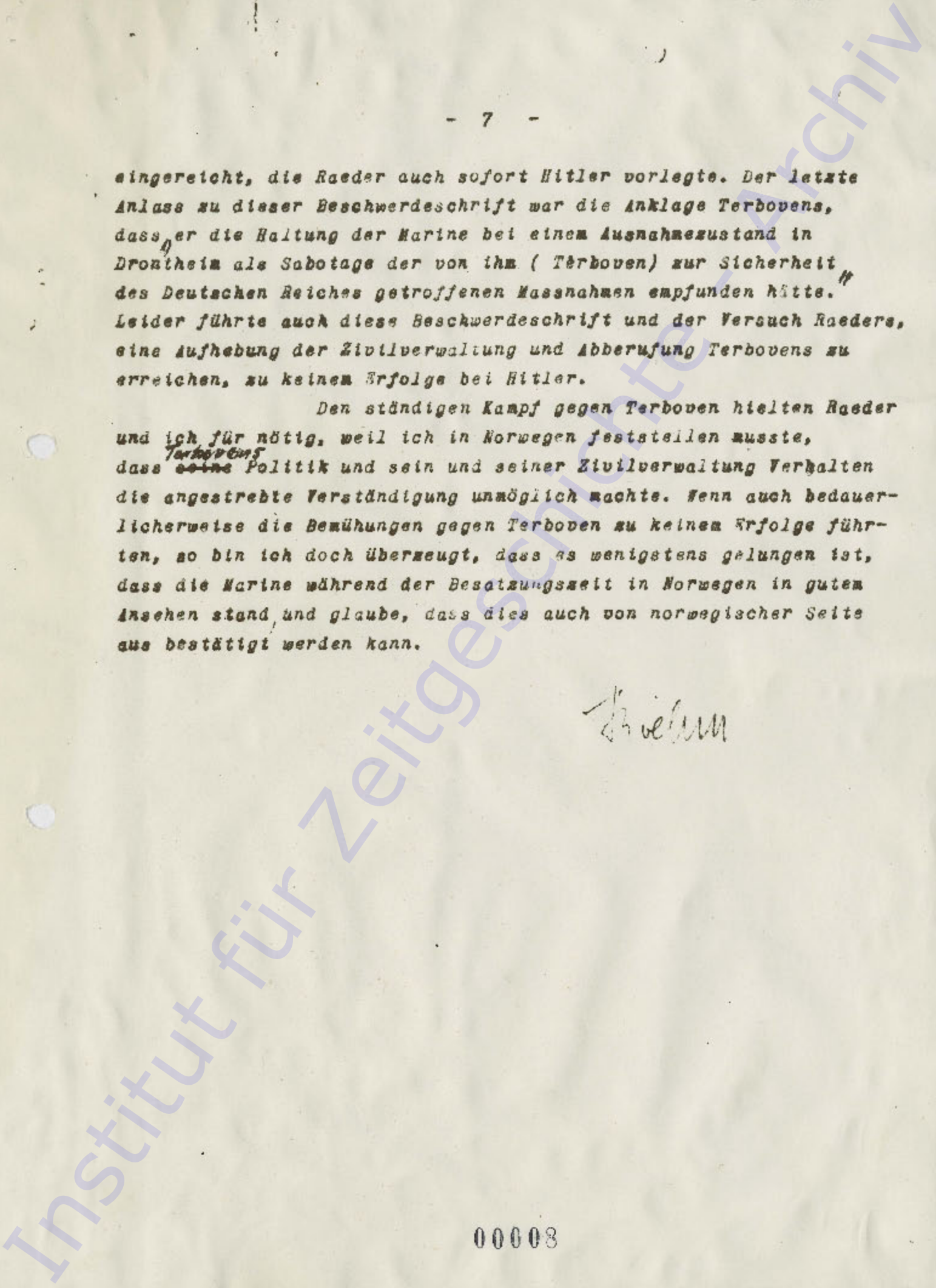
Als Kommandierender Admiral von Norwegen habe ich während der ganzen Besatzungszeit mich im Einvernehmen mit Grossadmiral Raeder stets bemüht, das Verhältnis zu Norwegen zu einem freundschaftlichen zu gestalten. Dazu schien es Raeder und mir erforderlich, die politische Zukunft des Landes hinsichtlich seiner Souveränität und Integrität sicherzustellen durch ~~Zustimmung Hitlers~~, also mit Norwegen möglichst schnell zu einem Frieden zu kommen unter Wahrung der norwegischen nationalen Interessen. Ferner entsprach es meiner Auffassung und hielt ich es für erforderlich, das Land und das Volk während der Besetzung würdig und gut zu behandeln und ihm alle unnützen Lasten zu ersparen.

Raeder hat diese Gedankengänge auch immer wieder bei Hitler vertreten, und zwar unter Darlegung meiner Berichte aus Norwegen. Ich selbst habe die gleichen Gedankengänge Hitler auch nochmals bei meiner Verabschiedung im Hauptquartier am 29. September 1943 vorgetragen. Leider führten unsere gemeinsamen Bemühungen zu keinem Erfolge, weil Hitler anfangs zögerte und später im Oktober 1942 endgültig einen Friedensschluss mit Norwegen während der Kriegszeit ablehnte. Der Hauptgegner gegen unsere Bestrebungen war der Reichskommissar Terboven, der die Zivilverwaltung in Norwegen leitete. Infolgedessen ist es auch während meiner Kommandozeit in Norwegen ständig zu Differenzen mit Terboven gekommen, die soweit gingen, dass ich mich mehrfach bei Raeder beschweren musste, der sich stets bemühte, mich in den Kampf gegen Terboven zu unterstützen. Im Herbst 1942 habe ich eine zusammenfassende, sehr scharfe Beschwerdeschrift bei Raeder für Hitler

eingereicht, die Raeder auch sofort Hitler vorlegte. Der letzte Anlass zu dieser Beschwerdeschrift war die Anklage Terbovens, dass er die Haltung der Marine bei einem Ausnahmezustand in Drontheim als Sabotage der von ihm (Terboven) zur Sicherheit des Deutschen Reiches getroffenen Massnahmen empfunden hätte. Leider führte auch diese Beschwerdeschrift und der Versuch Raeders, eine Aufhebung der Zivilverwaltung und Abberufung Terbovens zu erreichen, zu keinem Erfolge bei Hitler.

Den ständigen Kampf gegen Terboven hielten Raeder und ich für nötig, weil ich in Norwegen feststellen musste, dass ^{Terbovens} ~~seine~~ Politik und sein und seiner Zivilverwaltung Verhalten die angestrebte Verständigung unmöglich machte. Wenn auch bedauerlicherweise die Bemühungen gegen Terboven zu keinem Erfolge führten, so bin ich doch überzeugt, dass es wenigstens gelungen ist, dass die Marine während der Besatzungszeit in Norwegen in gutem Ansehen stand und glaube, dass dies auch von norwegischer Seite aus bestätigt werden kann.

Trielum



75-12-11
NS März 1951

Norwegen 1940/43

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

73.)

78-12-12

"Aftenposten", Oslo, trat an mich im Februar mit der Frage über eine Unterredung Hitler-Quisling heran. Sie hatte besonderes Interesse daran, ob sich Quisling tatsächlich gegen Terboven gestellt hätte. Dies meine Antwort. Sie ist von "Aftenposten" der staatlichen Stelle für Geschichtsforschung in Norwegen zugeleitet worden.

Gen. Adm. Boehm

00009

75-12-13

besprochen März 1957.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

670/52

Kat. w. Ma.

Die politische Entwicklung in Norwegen 1940 - 1943
von Gesichtspunkt der deutschen Kriegsmarine

Eine Anfrage des Bonner Vertreters von „Aftenposten“ an mich über eine Unterredung zwischen Hitler und Quisling und über den von letzterem dabei vertretenen Standpunkt gibt mir Veranlassung, die politische Einstellung und Betätigung der deutschen Kriegsmarine während meines Kommandos als Marine-Oberbefehlshabers in Norwegen während der Jahre 1940-43 in einer umfassenden Darstellung niedersulegen. Ich möchte damit vor allem der geschichtlichen Forschung und vielleicht auch dem Verständnis und der Befriedigung zwischen unseren Völkern dienen. Betonen möchte ich ferner, dass ich meine Ausführungen nicht aus dem Gedächtnis mache. Vielmehr habe ich von meinen militärpolitischen Berichten an Grossadmiral Raeder aus Norwegen, ferner von wichtigen Dokumenten und Protokollen jener Zeit Abschriften hier vorliegen und kann meine Ausführungen belegen.

1940

Als ich am 9. April nach Norwegen kam, konnte ich mich wegen meiner militärischen Aufgaben zunächst um Politik nicht kümmern. Die politische Entwicklung im April-Bildung einer Regierung Quisling, Quislings Rücktritt, Einsetzung Terbovens als Reichskommissar ging ohne meine Einwirkung vor sich. Bald wurde mir aber auch die ungeheure Bedeutung der politischen Entwicklung in Norwegen klar aus der Ueberlegung, dass nicht nur die nordischen Staaten, sondern Europa und die Welt die deutsche Politik nach der Behandlung Norwegens beurteilen würden. Ich begrüßte daher voll und ganz die Richtlinie, die Hitler dem Reichskommissar Terboven für seine Tätigkeit mitgab: „Sie werden mir keine grössere Freude machen, als wenn Sie mir dieses Volk zu Freunden machen!“

Ich hatte Norwegen in meiner Marinelaufbahn öfter besucht und Land und Menschen schätzen gelernt. Ich bedauerte daher, dass auch dieses Land in den Strudel des Krieges gerissen worden war. Ich glaube aber, dass eine spätere Geschichtsforschung den deutschen Schritt zur Besetzung und damit auch Raeders gerechter beurteilen wird als bisher, und zitiere dafür den Lord Hankey, jahrelang Mitglied des englischen Kabinetts, der in seinem kürzlich erschienenen Buche „Politics, Trials and Errors“ darüber schreibt:

„Wenn unsere Operation nicht aggressiv war, dann war ihre (der Deutschen), als einzige Möglichkeit, sich vor der Erdrosselung zu retten, ebenfalls nicht aggressiv. Ich war damals Mitglied des Kabinetts, und wir hatten darüber keine Illusionen. Jeder wusste, dass die Deutschen es tun mussten.“

Aus meiner Gesamteinstellung gegenüber Norwegen ergaben sich folgende politische Gesichtspunkte, wie ich sie in einem Berichte, bestimmt für das Marinearchiv und gebilligt von Raeder, niederlegte:

- ... Dem norwegischen Volke durch Taten, nicht durch Worte beweisen, dass wir durch den Krieg gezwungen ins Land gekommen sind, nicht als Eroberer, -
- ... dementsprechend den nationalen Stolz der Norweger achten; alles Kränkende vermeiden und die im Kriege unvermeidlichen Lasten möglichst klein halten, -
- ... die nationale Zukunft und Selbständigkeit des Landes für spätere Zeit durch eindeutige und sofortige Erklärung zusichern unter der Voraussetzung des Zusammengehens mit Deutschland, -

des Zusammengehens mit Deutschland, -
... das Wes-p-t-g-a-u-e-n des Volkes gewinnen durch gradlinige
und ehrliche Politik."

In der vor mir vertretenen Linie wurde ich aufs Stärkste unterstützt
durch Korvettenkapitän S c h r e i b e r , bereits vor dem Kriege
Marineattaché in Norwegen, dann sein 1. Adjutant. In seinem letzten
Berichte als Marineattaché hatte noch Schreiber vorgeschlagen - wiew
von mir befürwortet - , alle norwegischen Gefangenen freizugeben und
damit über R a e d e r bei H i t l e r den Anstoss für diese
grosszügige Handlung gegeben.

Im Mai 1940 kam R a e d e r zu kurzen Besuch nach Oslo. Bei dieser
Gelegenheit wurde die völlige Uebereinstimmung unserer politischen An-
schauung festgestellt, wie ich sie den in vorstehenden Gesichtspunkten
gekennzeichnet habe. R a e d e r beauftragte mich dabei, ihn laufend
über die politische Entwicklung zu orientieren. Ich habe also nicht
eine eigene Politik betrieben, sondern die von der deutschen Kriegs-
marine vertretene, die wiederum f ü r Norwegen eintritt. Und ich darf
feststellen, dass R a e d e r in der Heimat, ich in Norwegen unverrück-
bar an dieser Linie festgehalten haben.

Das höhere Ziel aber, dass der deutschen Kriegsmarine vorschwebte,
war, über eine Freundschaft mit den nordischen Staaten zu einem
europäischen Bündnis zu kommen, ohne Sieger und
Besiegte, ohne nationale Demütigung, ohne Wegnahme von Gebieten
und ohne Aufzwingung nationalsozialistischer Ideen in anderen
Ländern. Das erste Nahziel auf diesem Wege aber war der Ab-
schluss eines ehronhaften Friedens mit Norwegen.

Es ist wohl naturgemäss und selbstverständlich, dass eine Macht, die
im Verlaufe eines Krieges in ein fremdes Land kommt, sich nicht auf
die ihr feindlichen Parteien zu stützen versucht, sondern auf jene
Kreise, die ihr aus gleichen Interessen, gleichen Anschauungen freund-
schaftlich gesinnt sind. Die deutsche Kriegsmarine hoffte, auf dem Wege
über Q u i s l i n g und seine Partei zu einem Frieden mit dem Lande
und zu geordneten Verhältnissen zu kommen, - das war das Ausschlaggebende
de. Das Gemeinsame in der politischen Konzeption war die Beurteilung
der Gefahr von Seiten des Bolschewismus, - dieser in einem nordischen
Bunde zu begegnen, war das Ziel, einem Bunde, der, so hoffte man, sich in
einen europäischen erweitern würde, sobald die Wunden des Krieges sich
geschlossen hatten. Q u i s l i n g kannte den Bolschewismus durch sei-
ne Tätigkeit als Mitarbeiter Fritjof Nansens, daher setzte er seit Jah-
ren vor dem Kriege im politischen Spiel auf Deutschland- und verlor es
mit ihm. Auf die Umstände, die dazu beitrugen, und auf das politische
Wollen und Wirken dieses Mannes, soweit es mir bekannt ist, werde ich
noch zurückkommen.

Am 21. April 1940 trat T e r b o v e n sein Amt als Reichskommissar
an. Es lässt sich kaum ein krasserer Gegensatz denken zwischen diesen
beiden Männern: T e r b o v e n mit seinem verschlagenen Intellekt
und seiner dialektischen Gewandtheit, Quisling mit seinem bedächtigen,
klug abwägenden Verstande und seiner Gradheit, - solche Männer verhiel-
ten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Es fällt mir als Deutschem
schwer, auszusprechen, dass ich wohl nie in meinem Leben eine solche
Unaufrichtigkeit gefunden habe wie bei diesem obersten zivilen Vertre-
ter des deutschen Reiches in Norwegen.

Aus dem unheilvollen Wirken T e r b o v e n s innerhalb meiner Kom-
mandozeit sollen die wesentlichsten Stadien kurz wiedergegeben werden.

Am 30. Juni 1940, als die Kämpfe in Norwegen beendet waren, teilte der Reichskommissar in einem vertraulichen Gespräch uns Oberbefehlshabern der 3 Wehrmachtsteile mit, dass er beabsichtige, den König und sein Haus durch den Storting am 15. Juli absetzen zu lassen. Auf meine Frage, wie er den Storting hierzu bewegen habe, erwiderte Terboven, er habe dem Präsidium und den Parteiführern den Brief bekanntgegeben, den er ihnen im Falle der Weigerung schreiben würde, - einen Brief, der eine Art Protektorat androhte, - worauf der Storting nachgegeben habe. Ich sprach sofort meine Bedenken und die Absicht aus, dies Raeder zu melden, was ich auch tat. Raeder legte meine Meldung sofort Hitler vor, der jene beabsichtigte Komödie verbot und die Schaffung eines Kabinetts aus Mitgliedern der NS bzw. aus Fachleuten befahl. Von dieser Zeit an betrachtete Terboven die Kriegsmarine und in Sonderheit mich als seinen grössten Feind und versuchte, mich und Kapitän Schreiber mit allen Mitteln falscher Anklagen bei Hitler aus Norwegen zu verdrängen. Es widerstrebt mir, näher darauf einzugehen; ich möchte nur soviel sagen, dass unser ununterbrochener Kampf gegen Terboven und für Recht und Gerechtigkeit damit endete, dass mich der Reichskommissar in seinem Berichte an Hitler über den Ausnahmezustand in Trondheim am 6. Oktober 1942, bei welchem er 34 Norweger erschliessen liess, anklagte und zwar „der Sabotage der zur Sicherheit des deutschen Reiches von ihm getroffenen Massnahmen“. Die Anklage brach zusammen, und ich beschwerte mich nunmehr bei Hitler, worauf ich noch zurückkam. Zurück nochmals zu der Besprechung am 30. Juni 1940, bei welcher sich auch das Verhältnis Terbovens zu Quisling klar zeigte, den ersterer als „anständig, aber potenziert dumm“ bezeichnete. Er sei ein Hemmnis für ihn, und daher habe er, Terboven, „mit Schnäpsern und Holzhammer“ versucht, Quisling zu bewegen, als Parteiführer zurückzutreten und eine „ehrenvolle“ Studienreise durch Deutschland zu unternehmen. Quisling hatte abgelehnt, diesen Versuch seiner Ausschaltung aber nie vergessen.

Am 25. September 1940 berief der Reichskommissar, entsprechend dem Befehle Hitlers, eine Reihe von „Staatsräten“ in die Führung. Am gleichen Tage hielt er jene bekannte Ansprache im Rundfunk an das norwegische Volk, in der er auf die Vorgänge im Juli zurückkam und die Storting-Mitglieder diffamierte, als wenn sie freiwillig den König hätten absetzen wollen! Nach meiner Auffassung war jede gedeihliche Zusammenarbeit mit dem R.K. in Norwegen nunmehr unmöglich geworden, - die deutsche Politik hatte einen tödlichen Schlag erhalten!

Bei dieser Sachlage hatte ich nunmehr keine Bedenken, ein Memorandum Quislings vom 25. Oktober 1940, das mir dieses persönlich übergab, auf dem Wege über Raeder an Hitler gelangen zu lassen, ohne den R.K. zu unterrichten, um seine Quertreibereien zu verhindern. Dieses Memorandum stellte als Ziel für die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Norwegen und Deutschland die Verwirklichung eines grossnordischen Bundes fest. Gefordert wurde, dass „die Stellung des Reichskommissars durch die Bestellung eines ausserordentlichen Bevollmächtigten oder eines Sonderbeauftragten des deutschen Reiches ersetzt werde“.

Die Hauptpunkte für den künftigen Bund seien kurz im Wortlaut wiedergegeben:

- 1) Norwegen bleibt ein freies, unteilbares und unabhängiges Reich ... Die territoriale Integrität und nationale Freiheit Norwegens wird vom Grossdeutschen Reiche garantiert. ...
- 2) ... Die Kriegsmarine und Luftwaffe sollen gemeinsam sein. Ein nationales Heer wird errichtet als Heimatverteidigung im Rahmen der Bundeswehrmacht. ...
- 3) Norwegen wird regiert durch einen norwegischen Reichsverweser und eine selbständige nationale Regierung. (Alle norwegische Staatsangehörige.) ...

9) Norwegen errichtet eine eigene norwegische Nationalversammlung... Ich habe dieses Memorandum gern weitergegeben, weil es meiner politischen Auffassung entsprach und weil daraus ich ersah, dass Quisling nicht gewillt war, irgend etwas von den Rechten Norwegens preiszugeben. Ich hätte auch nie einen Mann, den ich als Verräter an seinem Volke hätte ansehen müssen, unterstützt. Ich vermag auf Grund dieses Vorganges unter Eid zu bezeugen, dass Quisling sich klar gegen Terboven und für sein Land eingesetzt hat. Weitere Beweise werden folgen.

Durch die Einsetzung der „Staatsräte“ am 25. September 1940 änderte sich grundsätzlich nichts: die entscheidende Machtbefugnis blieb beim R.K., -der erhoffte Friedensschluss trat nicht ein. Durch den Eintritt der Nasjonal Samling in die Regierung aber fiel in den Augen des norwegischen Volkes die Verantwortung für alle (in Wirklichkeit vom R.K. getroffenen) Massnahmen auf die N.S. und damit auf Quisling. Besonders schwerwiegend trat dies bei dem von Terboven am 10. September 1941 in Oslo verhängten Ausnahmezustand in Erscheinung. Ich kann aus persönlicher Kenntnis der Vorgänge bezeugen, dass Terboven die Arbeiterführer, die er erschliessen liess, bereits vor der Erklärung des Ausnahmezustandes festnehmen liess und bereits zu diesem Zeitpunkt die Absicht der Erschiessung hatte. Wegen meiner ablehnenden Stellungnahme äusserte Terboven später zu meinem Chef des Stabes, dass einem seiner Herren bei meinen Worten vor Wut fast der Kragen geplatzt wäre. Ich bin der Ueberzeugung, dass jene Blutschuld einzig und allein auf Terboven fällt, nicht aber auf seine norwegischen Mitarbeiter.

Das Memorandum Quislings vom 25. Oktober 1940 war nicht der einzige Schritt, den Quisling gegen Terboven zu Hitler hin unternommen hat. Mir liegt im Original ein Brief des Chefs der Reichskanzlei Lammers vom 17. August 1941 an mich vor. In diesem unterrichtet mich Lammers davon, dass Quisling am 2. und Hagelin am 3. August 1941 sich schriftlich an ihn gewandt hätten, um bei Hitler eine Lösung des norwegischen Problems zu erreichen. Die Forderung war wiederum: Ablösung der deutschen Zivilverwaltung durch eine norwegische Regierung zum 25. September 1941, Abschluss des vorläufigen Friedens zum gleichen Zeitpunkt und sofortige Besprechung der zukünftigen staatsrechtlichen Regelung der deutsch-norwegischen Beziehungen. Auch die Antwort von Lammers an Quisling im Auftrage Hitlers liegt mir vor: „Der Führer ist durchaus davon durchdrungen... Der Führer wünscht auch sehr lebhaft, möglichst bald... Allein die gegenwärtige Lage verlangt von ihm eine derartige Konzentration seiner Kraft und seiner Zeit... Der Führer muss Sie daher bitten, diese Dinge noch eine Weile auf sich beruhen zu lassen bis die Kriegslage es ihm gestattet, sich diesen Fragen zuzuwenden.“

Es ist bekannt, dass Quisling sich bereit fand, am 1. Februar 1942 das Amt eines Ministerpräsidenten in einer sog. „nationalen Regierung“ zu übernehmen. Nicht in ganzem Umfange bekannt sind aber vielleicht die Vorgänge. Ich selbst erfuhr von deutscher Seite über den beabsichtigten Schritt nichts, sondern wurde von Quisling orientiert, der mich dazu mit Kapitän Schreiber und Hagelin am 22. Januar 1942 in seine Wohnung einlud. Es war mein zweiter und letzter Besuch dort. Quisling führte in längerer Rede - das von Schreiber darüber anschliessend angefertigte Protokoll liegt vor - aus, dass für ihn bei der Bildung der nationalen Regierung entscheidend die baldige Beendigung des Kriegszustandes sei. Terboven habe ihm die Bildung der neuen Regierung als letzte Zwischenlösung vor der endgültigen und völligen Selbständigkeit vorgeschlagen, ferner die Erklärung eines Präliminarfriedens am 28. Januar 1942 und des endgültigen Friedens am 1. Mai 1942.

Quisling sah als selbstverständliche Folge dieses letzten Aktes auch den Rücktritt des R.K. an, brachte dies aber auch in einem Briefe vom 20. Januar 1942, dessen Abschrift ich besitze, an den R.K. zum Ausdruck, in dem er die neue Regelung, bei der er als Regierungschef heben dem R.K. die Regierungsgeschäfte führen solle, trotz grosser Bedenken als

als befristete „Uebergangszeit von nicht mehr als 3 Monaten als tragbar“ erklärte. Er bat in seinem Briefe den H.K., dies ausdrücklich bei dem Staatsakt am 1. Februar zu erwähnen, dass die Etablierung einer nationalen Regierung in dieser Form die letzte Vorstufe zur völligen Selbständigkeit bedeute.

Entgegen meinem sonstigen Grundsatz, mich von norwegischer Seite nur politisch unterrichten zu lassen, ohne mich einzumischen, habe ich in diesem Falle, gemeinsam mit Kapitän Schreiber, Quisling am 22. I. 1942 dringend von dem beabsichtigten Schritte abgeraten, weil ich an die Zusagen Terbovens nicht glaubte. In gleichem Sinne berichtete ich an Raeder. Meine Befürchtung war berechtigt: Die gläubigen Hoffnungen Quislings erfüllten sich nicht; er selbst aber war mit einem hohlen Titel in die Regierung und Verantwortung eingefangen, ohne seinem Volke einen politischen Erfolg, vor allem die Freiheit zu bringen. Wenn Quisling damals nicht die Kraft und Härte aufbrachte, von dem gesamten Plane einer „nationalen Regierung“ zu rücktreteten, so scheint mir der Grund darin zu liegen, dass er immer noch hoffte, sein Ziel Schritt für Schritt zu erreichen, und weil er weiter von T e r b o v e n mit Versprechungen hingehalten wurde.

Es liegt mir ein weiteres Memorandum Quislings an Hitler vom 9. Juni 1942 vor, worin er eingehend die Entwicklung und Lage schildert. Er erwähnt dabei ein Memorandum vom 10. Februar 1942, das er bei seinem Staatsbesuche am 13. II. 42 Hitler überreichen liess.

In der Denkschrift vom 9. Juni 42 führt er aus, dass T e r b o v e n ihm vertraulich von der Zustimmung Hitlers nach dem Besuche im Februar Kenntnis gegeben habe, „dass im Laufe des Mai ein Vorfrieden geschlossen werden könne, anschliessend die Friedensverhandlungen beginnen, etwa im Juli-August die Selbständigkeit Norwegens erklärt und im Herbst die Wehrhoheit wiederhergestellt werden könne.“ Er legt dar, dass von allen Versprechungen nichts gehalten wurde, und er schliesst mit dem stets wiederkehrenden ceterum censeo, dass „Friede mit Deutschland und die Selbständigkeit Norwegens schnellstens wieder hergestellt werden. Es ist keiner Regierung möglich, einem Volke immer wieder neue ungeheure Lasten aufzuerlegen, ohne diesem Volke gleichzeitig etwas zu bieten, was die nationalen Gefühle befriedigt.“

Dies ist der letzte mir bekannte Schritt Q u i s l i n g s im Kampfe für sein Land und gegen Terboven. Meine Darstellung zeigt, dass Quisling für sein Vaterland stets die Freiheit und Souveränität forderte, die er soweit nur einzuschränken bereit war, als es das Aufgehen in einer grösseren Gemeinschaft erforderte, und die anderen Völker auch ihrerseits bereit waren, die gleichen Opfer zu bringen. Gedankengänge, wie sie jetzt in Strassburg erörtert wurden, und hoffentlich einmal in einem gemeinsamen Europa ihre Verwirklichung finden werden.

Nach dem Rücktritt R a e d e r s Ende Januar 1943 wurde ich durch seinen Nachfolger aus Norwegen abberufen, bald darauf auch Kapitän Schreiber. Noch einmal hatte ich am 29. September 1943 Gelegenheit, im Hauptquartier in Ostpreussen vor H i t l e r zu treten, als ich endlich eine Entscheidung auf meine oben erwähnte Beschwerde gegen T e r b o v e n erlangte. Nach kurzer Erledigung dieser Angelegenheit in meinem Sinne nahm ich die Gelegenheit wahr, in einem Vortrag von 1 1/2 Stunden für Norwegen einzutreten und Hitler die unaufrichtige und schädliche Politik Terbovens während 3 Jahren in schärfster Form vorzutragen. Ich brauche zum Ausdruck, dass Terboven seine Befehle wohl dem Wortlaut nach ausführte, aber nicht in dem von Hitler gegebenen Sinne einer Befriedung und Gewinnung des Landes. Ich war der Ueberzeugung und bin es noch heute, dass Terboven seinen eigenen Herren hinterging, -dass er eine Befriedung des Landes durch Herabsetzung seiner Souveränität und Freiheit nicht wollte, -dass er die Steb

Stellung Quislings bewusst untergrub, um sein eigenes Ziel zu erreichen: die Schaffung eines Gau Norwegen. Es ist klar, dass Quisling bei dieser Lage vor einer unlösbaren Aufgabe stand. - Hitlers einzige Frage nach meinem Vortrage, den er nicht unterbrach, war: „Und was glauben Sie, das nun geschehen müsse?“, worauf ich nochmals die von mir stets vertretene Linie für Norwegen vortrug: Abschluss des Friedens, Zusicherung voller Souveränität und Integrität. Der Dank, den mir Hitler zum Schluss aussprach, liess mich auf eine Aenderung der Lage hoffen; ebenso die Mitteilung des allein anwesenden Marineadjutanten, dass Hitler zu einer prominenten Persönlichkeit im Anschluss an meinen Vortrag gesagt habe, ich hätte gegenüber Terboven Recht.

Meine Hoffnung erfüllte sich nicht. Hitler liess zwar sofort nach meinem Vortrage Terboven kommen, um diesen zu hören, - auch wurde danach kein Punkt meines Vortrages beanstandet. Terboven wurde aber in seiner Stellung belassen, ein Mann, der weder nach seiner Fähigkeit, vor allem aber nicht nach seinem Charakter seiner grossen Aufgabe gewachsen war.

Grossadmiral Raeder bemühte sich auch nach seinem Rücktritt weiterhin für Norwegen, indem er mehrfach bei Hitler beantragte, Terboven abzulösen und durch mich zu ersetzen. Auf eine Anfrage Raeders hatte ich mich aus Pflichtgefühl dazu bereit erklärt, - wenn ich auch klar war, dann auf verlorenem Posten zu stehen.

Ich glaube, die Darlegung der geschilderten historischen Vorgänge nicht besser abschliessen zu können, als wenn ich die grundsätzliche Einstellung der deutschen Kriegsmarine zu den Problemen jener Zeit wiedergebe, wie sie aus einem Schriftwechsel zwischen Raeder und mir hervorgeht. Am Schluss meines Jahresberichtes von 1940, als Deutschland auf der Höhe seiner Macht stand, schrieb ich bereits aus Sorge über die Entwicklung:

„Unbedingt richtig erscheint mir die grundsätzliche Linie, die eine Verständigung mit Norwegen in Vertrauen und Freundschaft für eine gemeinsame Geschichte auf Jahrhunderte hin sucht. Wir sind in der Lage und haben die Kraft, das norwegische Volk zu zwingen und zu zerbrechen. Ich glaube aber, dass es auch im Leben der Völker eine Moral gibt und geben muss, deren Nichtbeachtung einmal doch das eigene Volk trifft. Ein freies, stolzes und wertvolles Volk wie das norwegische zu zerbrechen, würde gegen jede Moral verstossen, und eine solche Handlungsweise würde sich einst auch an Deutschland rächen.

Eine solche Handlungsweise wäre aber auch nicht klug. Norwegen kann Deutschland vielleicht entbehren, für Deutschland kann eine dauernde Feindschaft Norwegens nur von Nachteil sein. Rechtlicher Sinn und staatliche Klugheit sind Faktoren, die meiner Ueberzeugung nach gerade in dem Kampfe unseres Volkes um ein neues Europa und um eine festfundierte, lange Friedenszeit unsere Grundeinstellung zu einer freundschaftlichen gegen Norwegen gestalten müssen.“

politische

Die Antwort des Grossadmirals vom 30. Dezember 1940 in dem mir vorliegenden Briefe lautete:

„Ich billige selbstverständlich Ihre mir aufgezeichnete Linie in Bezug auf die Politik und werde diese dem Führer gegenüber auch stets vertreten.“

Boelck

NS o.D.

Fritsch-Blomberg-Krise

175-12-19

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

78-12-10

Anlage

Institut für Geschichte
Linden
ARCHIV
670/52

Herman Boehm
Generaladmiral
Kapt. v. Me

1) Die Ansprache Hitlers vor den Spitzen von Wehrmacht u. Partei in der Oper unter den Linden am 3. oder 5. 1. 35.

Ich wohnte dieser Ansprache als B. d. A.

(Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte), Konteradmiral, bei der Frank kommend, war ich über die politische Lage in Berlin wenig im Bilde. Ich traf vor der Ansprache den mir ganz bekannten Adjutanten von Blumberg, v. Friedeburg, u. fragte ihn, was dem Los sei. Friedeburg erwiderte mir, es sei eine derartige Spannung zwischen Partei u. Wehrmacht, daß "müde", wenn er ein Stamm der St bekräte, heute nicht kühle, er wieder heranzöme", - für mich völlig unverständlich. Hitlers längere Ausführungen beschränkten sich in sehr offenen Worten in der Richtung, daß ein untragbarer Spalt zwischen Wehrmacht u. Partei bestünde, die er als die beiden Säulen des Staates bezeichnete, - daß eine Änderung notwendig sei u. von ihm verlangt werde, weil sonst der Staat Schaden erleide. Bedeutsam für seine damalige Einstellung zur Wehrmacht erschienen mir folgende Sätze: " " Dann kommt aber vielleicht einer von der

Partei und sagt zu mir: „Aber geht u. schon, mein
Führer, aber der General so u. so spricht u. arbeitet
gegen Sie!“ Dann sage ich: „Das glaube ich nicht!“
Und dann dann der andere sagt: „Ich bringe Ihnen
aber schriftliche Beweise, mein Führer!“ Dann zer-
reißt er den Brief, dann mein Klamm an die Lehr-
macht ist unerschütterlich. “

Mir erschienen diese Worte bedenklich gerade im Hin-
bezug auf die spätere Fritschkrise.

2.) Ansprache Fritters in der Reichsanzlei über die
Entstehung des Falles Fritsch vom 4. II. 38.

Fritter ging aus von der Heirat v. Blomberg.

Dieser, der erste Marschall der 3. Reiches, habe eine
unwürdige, unter Polizeiaufsicht stehende Frau ge-
heiratet, u. ihn den Reichsanzler, u. Böning als Zeugen
gebeten für die Trauung, eine Einladung, der sie ge-
folgt seien. Nach einem derartigen Vorgange habe er,
Fritter, unumwunden alles für möglich gehalten unwissen.
Die Anschuldigungen gegen den Generaloberst v. Fritsch
seien ihm seit Jahren bekannt, er habe sie stets
unbeachtet gelassen, u. nicht zu wissen. Nun seien

die Anschuldigen ernstlich erhoben worden. Er habe Tritsch
 selbst gehört, der ihm zwar vernahm habe, er sei zu-
 sehen ihm in den Fikler-Funzen, die er bei sich beher-
 bergte habe, nichts vorgekommen, er hätte aber eine un-
 sichere Haltung gezeigt, - jedenfalls wäre er ^{Kittler,} nach den
 Vorgängen mit Blamberg in der Überzeugung gezo-
 men, daß eine Klärung absolut in dem Falle Tritsch
 notwendig sei. Dann kamen die Worte, die sich mir
 fest eingeprägt haben! Hitler sagte, - ich möchte sagen,
 fast flehend: "Meine Herren, ich bitte Sie, mir zu
 garantieren, daß ich Klarheit durch eine Untersuchung
^{schaffen}
haben mußte!"

3.) Die abschließende Aussprache Hitlers in Jünger,
 - Datum mir nicht genau einnehmlich -, vor Spitzen der
 Wehrmacht Sommer 38.
 Hitler sprach klar aus, daß die Untersuchung die völlige
 Unantastbarkeit von Tritsch ergeben habe. Er bedauerte
 auf die tiefste die Enttarnung für den Generalstab.
 Er wolle versuchen, Niedergrünten zu machen, soweit dies

möglich sei, u. dies anlässlich dadurch d. Thurnen hier
dass er Fritsch zum Chef seines Regiments ernannte,
in seine einstige Stellung als Oberbefehlshaber zurück-
zu kehren, könne er ihm nach dem, was zwischen ihnen
vor gefallen sei, ^{allerdings} nicht zumuten. Kurz im Frühling ge-
handelt sagte Hille bezugl. jenes Individuum: „Das In-
dividuum wird erschossen“, - ich muß sagen, daß ich
entsetzt über diese Art Justiz war. Hier möchte ich be-
merken, daß ich später, als ich mich nach dem Schicksal
jenes Individuums erkundigte, hörte, daß Keiserich
gesagt habe: „Er dachte gar nicht daran, einen so
bedenklichen Menschen erschießen zu lassen.“ In dem Gespräch
mann hierfür kann ich mich nicht outtinnen.

Insgesamtfassend möchte ich als meine persön-
liche Überzeugung aussprechen, daß ich nicht glaube,
wie manche behaupten oder annehmen, Hille habe
die Anordnungen gegen Fritsch sozusagen auf ein
Geleß oder in der Tschinklode gehalten, um ihn bei
passender Gelegenheit zu beseitigen. Ich weise der In-
sicht an, wie sie Kendinger in seinem Buch durch einen

Briefwechsel der Generale zum Ausdruck bringt, dass
 hier eine Intrigue, wohl der Bestoffe u. Kinnmiers selbst,
 spielte, um Tritsch zu beseitigen, daß aber Hitler einen
Kez ging, den er zwingen läufig glaubte gehen zu müssen.

von dem, was Assmann in seinem Buche, S. 467,

2. Absatz, letzter Satz schreibt, Hitler habe nach seinen
 Worten sich an Tritsch trennen wollen, weil dieser sich
 seinen politischen Plänen widersetze, hat Hitler in dieser
bestimmte nichts gesagt. Und ich kann mir gar nicht vor-

stellen, daß er dies später noch "vor den Generälen der
 Meeres" getan hat.

Wenn auch mit dem Falle selbst unmittelbar ^{nicht} ver-
 binden, möchte ich noch erwähnen, daß auch Graf-
 admiral Raeder sich bemüht hat, Tritsch zu ehren.
 Er lud ihn zu einer Fahrt bei der Flotte im Jahre 1939
 ein u. beauftragte mich als Flottenchef, Tritsch in
 seiner (Raeders) Vertretung beizugehen. Tritsch
 war vom 13. - 17. 6. 39 bei mir auf meinem Flaggschiff.
 Zweierlei eingeschiffe u. ich ließ er mir

angelegen sein, ihm alle Ehren der Flotte zu erweisen,
- so auch bei seinem Tode, trotz des privaten
Charakters des Besonderen, durch Schießen einer La-
uter unter Anzeichen der Besatzung.

Bremer

Zum Fragebogen "Reichs-
wehr und NS vor 1933"

73-22-23

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Gemeins. Archiv Boekem

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1191/53

75-12-24
1 Jan. Dr. Meier
4 Prof. Bruns
31 Anlage 2
Boekem
1915

Kat. v. Meier

- 1 -

Fragebogen

zum Thema "Reichswehr und Nationalsozialismus vor 1933"

- 1) Besitzen Sie
amtliche Unterlagen,
Verfügungen, Reden,
Akten über besondere Fälle,
persönliche Aufzeichnungen,
Briefe, Tagebücher, Notizen?
Stellen Sie sie zur Verfügung?
- 2) Besitzen oder kennen Sie besondere Ver-
öffentlichungen, z.B. Milit. Zeitschriften,
Bücher u.ä. zu dem Thema?
- 3) Kennen Sie andere Persönlich-
keiten, die Unterlagen wie
1) und 2) besitzen oder kennen?
Deren Anschriften?
- 4) Wissen Sie etwas über Nachlasse,
die für das Thema wichtig sein
könnten?
Anschrift der Besitzer?
- 5) Kennen Sie lebende Persönlichkeiten,
die zwischen Rw. und NSDAP eine
besondere Rolle gespielt haben, z.B.
Wehrkreiskommandeure, Chefs, Ia's, Ic's,
Standortälteste?
Persönlichkeiten der NSDAP oder
deren Gliederungen?
deren Anschriften?
- 6) Haben Sie selbst Erlebnisse gehabt,
die für das Thema wichtig sind?
(Auch die unscheinbarsten örtlichen
Ereignisse sind wichtig.)
Welche?

*Meiner Unterlagen u. Dokumente
habe ich bereits dem
Institut überreicht.*

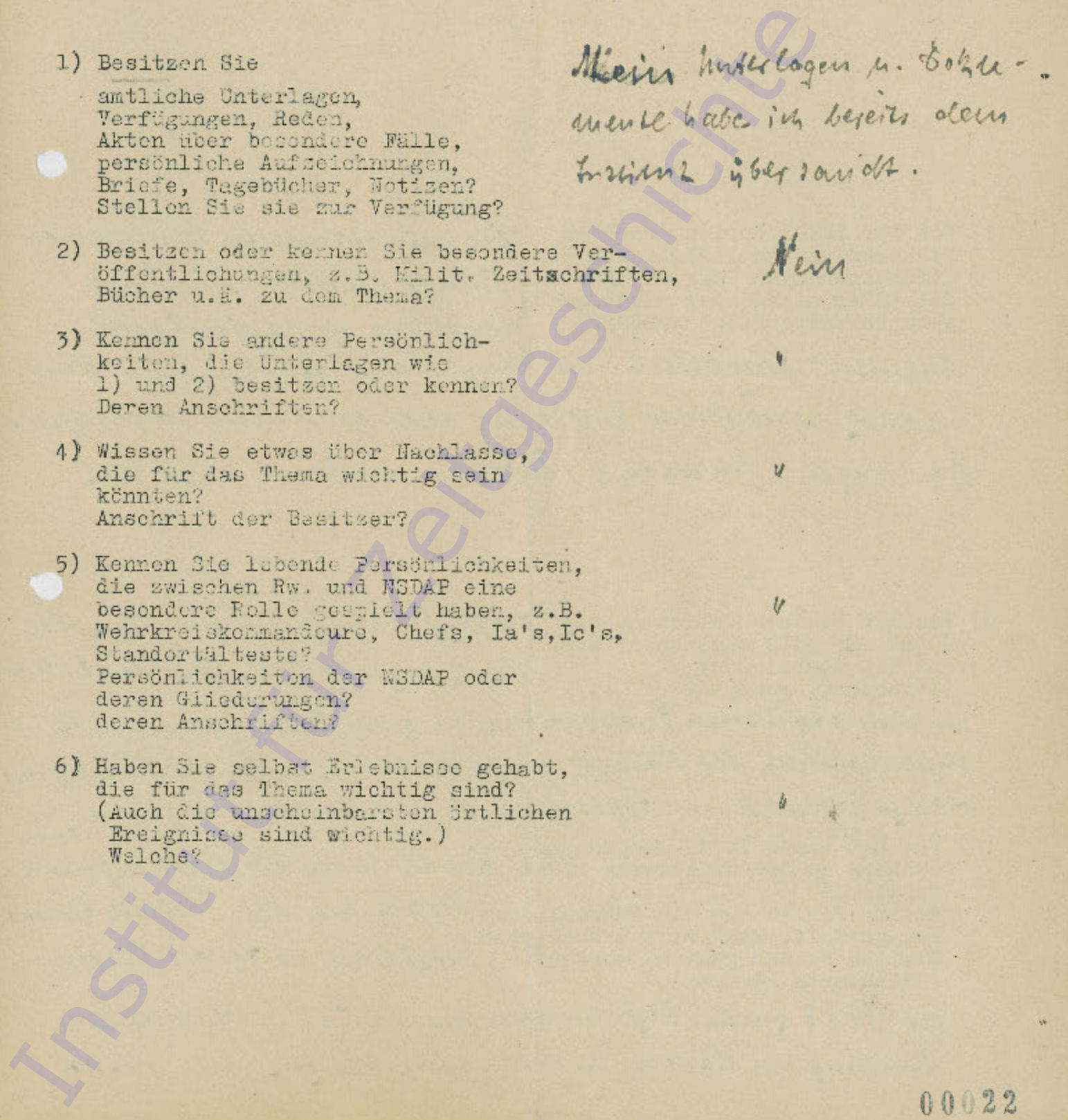
Nein

✓

✓

✓

✓



7) Wie beurteilen Sie die in Anlage 1 gegebene erste Arbeitsgliederung?
Was fehlt?
Was ist falsch gesehen?

Liese Anlage.

8) Was ist Ihrer Ansicht nach in früheren und nachträglichen Veröffentlichungen über die Rw. und die NSDAP nicht oder nicht genügend berücksichtigt worden?

Die mir bekannten Schriften oder Bücher dieser Art sind u. a. durchweg nicht genügend

„historisch“ erarbeitet, sondern stehen stark unter dem Eindruck persönlicher Ercheinere. oder persönlich vorgefasster Meinungen. Ich erwarte Besseres von Ihrem Institut

9) Was hat Sie persönlich an der NSDAP vor 1933 angezogen? Was hat Sie abgestoßen?
(Stichworte genügen)

Angezogen: Innenpolitisch die stark soziale Seite, die den Arbeiter

von einem utopischen Internationalen zum Staat ziehen wollte, - außenpolitisch der Kampf gegen Versailles u. der Verständigungswille im England. - Abgestoßen: Das Laute, Aufdringliche, die Form.

10) Was hat Ihnen in diesem Zusammenhang an der Reichswehr nicht gefallen?

Räder hielt die Marine grund-sätzlich aus der Politik heraus.

Welche Fehler hat die Führung der Rw. gemacht, was ist von örtlichen Stellen falsch gemacht worden?
(Stichworte genügen)

Tatsächlich hatte die Marine

vor 1933 keine Beziehungen zur NSDAP. Ich halte die Richtung von Räder in solch gärenden Zeit für richtig

11) Welches waren die entscheidenden Fragen der beiderseitigen Anziehung und Ablehnung?

Entscheidend war für mein

Empfinden das unter 9) als anziehend genannte Position der grundsätzlichen Richtung. Dem gegenüber traten äußere Schönheitsfehler vor, von denen man mit der Zeit Besserung erhoffte.

12) Haben Sie die Absicht, zu dem Thema einen ausführlichen Beitrag zu geben?
Bis wann?
Allgemein?
Zu welchem Einzelpunkt der Arbeitsgliederung?
In welchem Umfang?
Erwarten Sie eine Honorierung?

Ich beabsichtige u. habe begonnen, das Institut

in seiner Arbeit durch Herausgabe von Dokumenten, Erläuterungen mündlichen u. schriftlichen Art dazu u. Beiträge zu auftretenden Teilgebieten (z. B. Fall Fritsch) zu unterstützen. In größerer Mitarbeit bin ich nicht in der Lage.

13) Sind Sie mit Ihrer Nennung als Quelle einverstanden?
Hinsichtlich welcher Mitteilungen nicht?

Meine Beiträge dürfen alle unter meinem Namen gehen.

14) Kennen Sie Personen, die milit. Bücher, Zeitschriften, Ranglisten u.a. verkaufen wollen?

Nein

Boehm

Generaladmiral a. S.

In großen Ganzen erscheint uns die 1. Arbeitsgliederung zweckmäßig, - jedoch meine ich, daß ein besonderes Fundament fehlt. Das Institut ist die Ereignisse der nat. soz. Zeit erforschen. Dazu gehört aber m. E., um diese Zeit überhaupt zu verstehen, eine wenn auch kurze Untersuchung der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands, die, so meine ich, zwingend in den Nat. Soz. mündete. Ich kann hierüber jetzt keine Abhandlung schreiben, möchte meine grundsätzlichen Ansichten im folgenden nur andeuten.

Es liegt in jedem Volke ganz naturgemäß das Streben - jedenfalls bei den reichhaltigsten u. einflussreichsten Männern eines Volkes - die gleichartigen Volksteile in einem festgefügtsten Staate zusammenzufassen. Solches Streben ergibt sich schon allein aus dem Kampfe, der nun ein mal in der Welt herrscht, u. den Gefahren, die dem schwachen Volke drohen. Andere glücklichere Völker haben diese Kämpfe für den Zusammenschluß, diese Entwicklung längst hinter sich: England unter Cromwell, Frankreich unter Aristocraten, Amerika im Bürgerkrieg des vorigen Jahrhunderts. Allen diese Herdeginge waren in schweren Kämpfen, in Fäden, Tränen im sich gesungen, - aber nach Schaffung der zentralen Macht suchten diese Länder dann ihre Weltstellung. Schottland, teils durch

und zwar auch in kleinerem Kreise erlebt. öfter aus sei-
nem Munde gehört, daß ihn das Verantwortungsbe-
wusstsein triebe, das große Herz selbst im Ende zu führen, diese
Verantwortung nicht einem Nachfolger aufzuladen.
Ich glaube, daß dieser Gedanke die Triebfeder war, u. we-
niger persönliche Ehrgeiz, - u. daß er hieraus das Maß der
Singe verlor, - außer durch die Erfolge, die er zu nichte
brachte.

Ich habe im vorstehenden nur einige Gedanken, die mir
grundsätzlich erscheinen, angedeutet. Gerade eine solche
historische Abhandlung über die Entstehung des Ver-
damnt der Betrachtung der Ereignisse ~~in~~ der nat. soz.
Zeit erscheint mir unbedingt erforderlich gegenüber der
ambitionierten u. zweckbewußten Politik der Sieger, den
nat. soz. als Produkt eines verbrecherischen Willens
darzustellen.

Die gründliche Darstellung des historischen Zusammen-
hanges ist notwendig, aber die apologetische Ab-
sicht dabei ist der Sache nicht dienlich.

Perh

75-12-28

Bf.v.17.7.57 [an Min. Strauss
Kritik d. Buches "Vollmacht
des Gewissens, 1956".

Bl. 26 - 31

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

75-12-29

Fotok. am 8.1.63/gh.

Kochsitz

(Orig. v. Dr. Baum)

ZS 12

Boehn

Generalmajor a.D.

Katia-Fissaubrück
Sielbecker Landstraße
17. Juli 1957

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
3121/63

Kat. v. Hei

Sehr geehrter Herr Minister! (Strauss)

Gestatten Sie mir als einem der ältesten Soldaten der einstigen Kriegsmarine, mich an Sie zu wenden in einer Angelegenheit, die u.M. für die Erziehung unserer Bundeswehr von tiefster Bedeutung ist.

In meiner Person sei kurz gesagt: Ich blicke auf eine Dienstzeit von 40 Jahren zurück, habe beide Weltkriege mitgemacht und war im letzten Kriege Marine-Oberbefehlshaber in Norwegen. Ich bejehle den Wiederaufbau unserer Wehrmacht, - daher mein Interesse und meine Sorge um ihre Erziehung.

Es handelt sich um folgendes: Im Jahre 1956 erschien ein Buch, das erst kürzlich zu meiner Kenntnis kam, mit dem Titel "Die Vollmacht des Gewissens", Verlag Rinn, Herausgeber die "Europäische Publikation" e.V., eine Arbeitsgemeinschaft von hohen Offizieren, Theologen beider Konfessionen, Historikern und höchsten Juristen, so Bundesrichter Bauer und Bundesgerichtspräsident Weinkauff. Erster Vorsitzender der "Europäischen Publikation" ist der Generalmajor a.D. v. Witzleben. Ist das genannte Buch bereits durch seine Mitarbeiter bemerkenswert, so wird seine Bedeutung durch ein Geleitwort des Herrn Bundespräsidenten Heuss noch unterstrichen. Dieser spricht von dem "Bedeutenden und bleibend Wichtigen" der "Europäischen Publikation", - er meint, daß "die Historiker von der Europäischen Publikation Gewinn ziehen können", - ihm scheint, "sie soll vor allem auch von den Erziehern gelesen werden, zumal auch den Erziehern der Soldaten", - er glaubt, "wir alle sind den Männern, die diese Form der historischen und moralischen Meditation gewählt haben, zu Dank verpflichtet", und er spricht den selbigen aus.

Ich vermag nach Kenntnis des Buches nicht zu glauben, daß der Herr Bundespräsident es vollständig gelesen hat, - ich möchte meinen, daß er nur oberflächlich Einblick genommen hat oder falsch unterrichtet worden ist. Tatsache bleibt, daß dieses Buch von höchster staatlicher Stelle als eine Art geistiges Lehrbuch den Erziehern

der Soldaten empfohlen wird. Daher mein Herantreten an Sie, Herr Minister.

Nun zu dem Inhalt des Buches, das insgesamt das Problem des "Widerstandes" behandelt, wobei ich als den wichtigsten Abschnitt auf den ersten Teil von 130 Seiten hinweise, der sich "Deutsche Gespräche über das Recht zum Widerstand" nennt, ein Gespräch, dessen 15 Teilnehmer namentlich vorangestellt sind.

Über das grundsätzliche Recht zum Widerstand gegen eine Staatsgewalt, die ein Volk ins Verderben führt, habe ich nichts zu erwidern. Ich bejahe dieses Recht im Grundsatz, - wohlverstanden unter bestimmten Voraussetzungen, die hier nicht zu erörtern sind. Völlig lehnen ich dagegen die Folgerungen ab, die die "Europäische Publikation" aus diesem Recht gezogen hat, indem sie erwiesenen Landesverrat im Kriege verteidigt und billigt, und deren Ausführungen darin gipfeln, daß selbst der Tod, die "Opferung" von Unschuldigen, Unbeteiligten infolge Taten des Widerstandes, sei es durch Landesverrat oder in Verbindung mit einem Attentat, als rechtmäßig vertreten werden.

Als Beleg dieser Thesen seien aus den "Gesprächen" zwei Stellen wiedergegeben, die nicht herausgerissen und daher den Sinn nicht wiedergebende Sätze sind, sondern den Abschluß, das Ergebnis langer Diskussionen über das Thema darstellen:

1. Nachdem Professor Kühneth, der evangelische Theologe, über die Entartung eines Staates - "ob das nun ein pervertierter Monarchenstaat ist oder eine pervertierte Demokratie, ist unwesentlich" - sich geäußert hatte, stellte der Oberstaatsanwalt Hölper, München, die Frage (S.74):

"Herr Professor Kühneth, gelten die Thesen, die Sie nun über die ethische Berechtigung eines Widerstandes aufgestellt haben, mit allen Konsequenzen, selbst denen eines Landesverrats, auch dann ganz uneingeschränkt, wenn sich das Volk bzw. der Staat im Kriege befindet?"

Kühneth antwortete:

"Darauf würde ich sagen: in dieser Situation erst recht!"

Frage und Antwort sind klar und eindeutig. Es ist festzustellen, daß laut den "Gesprächen" auch nicht einer der Gesprächspartner etwas dagegen einzuwenden hatte.

2. Die Diskussion über Berechtigung der "Opferung" von Unschuldigen durch Taten des Widerstandes wurde von den Juristen abgeschlossen, indem der Bundesrichter Sauer sagte (S.115):

"Wenn die Tat rechtmäßig war, als das einzige Mittel, um zum Ziel zu gelangen, muß sie auch insofern rechtmäßig sein, als sie unschuldige Opfer forderte."

Worauf der höchste Jurist der Bundesrepublik, Bundesgerichtspräsident Weinkauff, erwiderte:

"Juristisch vertretbar ist das ohne weiteres."

Auch hier erfolgte keinerlei Widerspruch von Gesprächspartnern!

Welche Absurditäten von Rechtsauffassung in den "Gesprächen" zutage traten, geht aus zwei Äußerungen des Oberstaatsanwalts Hölper, München, hervor, der hinsichtlich der Opposition sagte:

"Es hat - wenn ich jetzt die moderne Entscheidung des Bundesgerichtshofes zitieren darf - der Opposition das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt. Also war sie vom subjektiven Standpunkt aus nach unserer Auffassung überhaupt straffrei."

Und auf eine Frage fügte er hinzu:

"Ja, selbst wenn es rechtswidrig gewesen wäre."

Als dann aber weiterhin der Fall erörtert wurde (S.44/45),

"Wenn nun einer Landesverrat begangen hat im Zusammenhang, sagen wir einmal, mit der Sowjetunion, weil er eben der Überzeugung war, daß das Wohl des Reiches unter allen Umständen die Einführung der Räterepublik, nach Möglichkeit in enger Anlehnung an Moskau, verlange", -

da weist derselbe Oberstaatsanwalt auf eine andere Entscheidung des Bundesgerichtshofes hin, wonach

"nun nicht in jedem Fall das mangelnde Gefühl der Rechtswidrigkeit Straffreiheit zur Folge hat ... sondern ... sich das Gefühl, das der Betreffende hat, mit dem allgemeinen Rechtsgefühl decken muß ... Der Bundesgerichtshof sagt ausdrücklich: Er muß, wenn er handelt, sein Gewissen anspannen. Er muß erforschen, ob sein Tun recht oder unrecht ist. Und kommt er auch dann zu der Auffassung, recht zu tun, so geht er trotzdem nicht frei aus, wenn wir ihm nachweisen, daß er es fahrlässig versäumt hat, sein Gewissen so anzuspannen, daß er das Unrecht seines Handelns erkennen mußte."

Auch diese Auffassung von zweierlei "Recht" wurde widerspruchslos hingenommen.

Herr Minister, ich stehe erschüttert vor den in diesem Buche entwickelten Gedanken, wie ich sie vorstehend zitiert habe. Ich bin der Überzeugung, und weiß durch meine Kenntnis weiter Kreise einstiger Soldaten, daß gleich mir die überwältigende Mehrheit der einstigen Frontsoldaten die Thesen von berechtigtem Landesverrat und berechtigter "Opferung" Unschuldiger, aus welchem Grunde es auch sei, ablehnt. Ich bin der Ansicht, daß die Verbreitung dieser Thesen verheerend ist für die Mentalität unseres Volkes und insonderheit seiner Wehrmacht, denn sie untergraben die Fundamente eines gesunden Soldatentums. Als alter Frontsoldat erhebe ich Einspruch gegen diese Thesen und ihre Verbreitung innerhalb der neuen Wehrmacht, deren Erziehung Ihnen anvertraut ist. Tiefe Sorge und das Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem deutschen Volke veranlassen mich zu diesem Schritte.

Wenn ich ihn nach reiflicher Überlegung tue, so verkenne ich keineswegs die ungeheuren Schwierigkeiten, vor denen Sie, Herr Minister, und alle Ihnen unterstellten Führer der Bundeswehr nach dem Geschehen der jüngsten Vergangenheit standen und stehen, - Schwierigkeiten, die ungleich größer sind als diejenigen, die beim Aufbau der Reichswehr nach 1918 zu überwinden waren. Wie berechtigt auch das Bestreben ist, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und überaltete Formen und Gesetze durch zeitgemäße zu ersetzen, - zwei Grundvoraussetzungen müssen m.E. gültig bleiben wie eh und je:

- Keine Wehrmacht der Welt kann ohne schwerste Rückschläge auf die ethische Bindung durch die Pflicht zum Gehorsam verzichten.
- Keine Regierung kann es dulden, daß in der Wehrmacht an dem Grundsatz vom Primat der Politik gerüttelt wird.

Von diesen fundamentalen Grundsätzen kann es ein Abweichen nur in einem Falle geben, der in dem einstigen Militär-Strafgesetzbuch durch den Satz niedergelegt war:

"Gehorsam ist nicht geboten gegenüber Befehlen, deren Ausführung ein Verbrechen bedeuten würde."

Nie aber darf ein Widerstand gegen die Staatsgewalt, aus welchem Grunde es auch sei, zu dem Mittel des Landesverrates greifen. Denn was bedeuten denn alle beschönigenden Worte wie z.B. "Abstoppen des Krieges mit Hilfe des Gegners", wenn man diese Phrasen in ihrer Hohlheit richtig erkennt? Sie bedeuten Sabotage der eigenen Kriegführung, - sie bedeuten Unterstützung des feindlichen Kriegführung, - sie be-

deuten den Tod eigener Volksgenossen. Und das ist der Kernpunkt: Es gibt wohl keine größere Machtübertragung, als wenn ein Mann als Vorgesetzter Befehle erteilen darf, die den Untergebenen in den Tod führen können. Es gibt daher auch keine größere, ja heiligere Verantwortung, als wie sie ein Vorgesetzter für das Leben der Männer hat, die ihm anvertraut sind und die ihm vertrauen. Der Vorgesetzte, insonderheit der Offizier, hat eher selbst zu sterben, als daß er etwas tut, was seine ihm anvertrauten Leute über die Erfordernisse des Krieges hinaus gefährdet.

Die schlimme Folge solcher Gedanken, wie in jenem Buche entwickelt, aber wäre bei Billigung und Durchsetzen die Untergrabung des Vertrauens als Voraussetzung für Befehlen und Gehorchen. Wenn der Soldat im Graben nicht weiß, ob der neben ihm Liegende sich noch an seinen Eid gebunden fühlt, - wenn er nicht weiß, ob der ausgesandte Spähtrupp vielleicht Verbindung mit dem Feind aufnimmt, - wenn er nicht weiß, ob der ihn befehlige General vielleicht Geheimbefehle an den Feind ausliefert, - kurz, wenn das Vertrauen zerfressen und zerstört ist, - was bleibt dann noch als Verhindende Kraft einer Truppe?

Die "Europäische Publikation" erörtert in ihrem Buch breit den Fall des Generals Oster und verteidigt seinen Landesverrat. Meine Ansicht - und ich bin überzeugt, die der überwältigenden Mehrheit einstiger Soldaten - ist: Was ein General mit seinem Leben machte, war seine Sache. Ich bestreite ihm aber das Recht, das Leben deutscher Soldaten zu gefährden oder gar zu "opfern", - ebensowenig wie ein Attentäter das Recht hatte, Unbeteiligte und Unschuldige dabei zu töten. Ich bestreite, daß das Tun der Opposition rechtmäßig war "als das einzige Mittel, um zum Ziele zu gelangen". Es gab andere Möglichkeiten, wie ich aus eigener Anschauung beweisen kann: Als ich in meiner Eigenschaft als Marine-Oberbefehlshaber Norwegen gegen den Reichskommissar Terboven bei Hitler Beschwerde führte, wurde ich am 29. IX. 1943 ins Hauptquartier in Ostpreußen befohlen. Weder mein Gepäck noch ich selbst wurden auf Waffen untersucht. Bei der Unterredung, die anderthalb Stunden dauerte, indem ich die verfehlte Politik in Norwegen aufrollte, war nur der Marine-Adjutant zugegen. Die Möglichkeit eines erfolgreichen Attentats wäre ohne weiteres gegeben gewesen. Die gleiche Möglichkeit aber hätte sich ein prominentes Mitglied wie Oster unter dem Vorwande eines wichtigen Vortrages

ohne Zweifel verschaffen können, wenn er persönlich Hitler beseitigen wollte. Freilich war es aber dazu notwendig, bewußt das Opfer des eigenen Lebens zu bringen, anstatt, im Hintergrund sitzend, Unbeteiligte, Unschuldige in den Tod zu schicken. Ich bestreite, daß man, wie es in dem Buche der "Europäischen Publikation" geschieht, bei solchem Tun den Begriff "Ethos" und "ethische Tat" in Anspruch nehmen kann. Ich halte es für verderblich für die neue Wehrmacht, derartige Thesen der berechtigten "Opferung" Unschuldiger auch nur zu erörtern oder gar zu verteidigen.

Folgt man Thesen weltfremder Ideologen, wie sie in dem Buch "Die Vollaucht des Gewissens" nicht nur entwickelt, sondern sogar für die Erziehung der Soldaten empfohlen werden, dann verwirrt man den bis heute - trotz allem, was geschehen ist und laufend geschieht - noch gesunden Geist der Söhne unseres Volkes, dann gerät alles ins Wanken, wird eines der tragenden Fundamente unseres neuen Staatswesens so nachhaltig unterwühlt, daß es bei der ersten ernststen Probe zusammenbrechen würde.

Ich wäre dankbar für eine Mitteilung, daß mein Brief Ihnen vorgelegt worden ist.

Ich bin, Herr Minister, in vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

(gez.) B o e h m
Generaladmiral a.D.

ZS-12-35

Vortrag Eutin [nach 1952]:

Eid & Widerstand.

Bl. 26 - 53

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Kat. v. Mei

Eid & Widerstand

(Vortrag des Generaladmirals Boehm - Mutin)

Nach dem Zusammenbruch 1945 erhob sich für uns ältere Soldaten die wir nach langer Dienstzeit & 2 verlorenen Kriegen das Ziel unserer Lebensarbeit, ein freies, starkes & glückliches Deutschland, vernichtet sahen, die Frage: Welchen Zweck hat nun überhaupt noch unser Leben?

Ich beantwortete mit die Frage nach 2 Richtungen:

1. durch eigene Haltung ein Beispiel zu geben, - zu zeigen, daß man versuchen müsse, eine noch so schwere Zeit durch Arbeit zu überwinden, &
2. der jüngeren Generation zu helfen durch Wort & Tat.

Aus dieser allgemeinen Einstellung heraus erhob ich meine Stimme, als sich über das Problem "Eid & Widerstand" eine immer heftigere, unser Volk, tief aufwühlende Auseinandersetzung entwickelte. Im Jahre 1951 schrieb & veröffentlichte ich einen Aufsatz "Der Eid", der in weiten Kreisen meiner Kameraden Beachtung & Zustimmung fand, selbst bei mir persönlich unbekannt. Meine Schrift führte dazu, daß ich aufgefordert wurde, - & zwar gerade von den jüngeren Soldaten - vor ihnen über den Stoff "Eid & Widerstand zu sprechen, was ich auch vor einer Reihe Orts- & Kreisgruppen des Soldatenbundes tat.

Denn die Jugend & namentlich die junge Frontgeneration kann von uns Älteren, die wir einst militärische Führer waren, **v e r l a n g e n**, daß wir in Fragen des Soldatentums klare Ansichten haben & Antwort geben ohne Ausweichen & Heruwarden, - & gerade gegenüber einem so schweren Problem, wie es Eid & Widerstand darstellen. Dies ist notwendig einerseits für die Beurteilung der Vergangenheit. Sicherlich stehen wir diesen Vorgängen des Widerstandes zeitlich noch zu nahe, um sein Werden & seine wirklichen & vermeintlichen Folgen in einzelnen voll gerecht beurteilen zu können. Aber die grundsätzliche Einstellung zu dem ganzen Problem erscheint mir ebenso möglich wie notwendig.

Notwendig nämlich andererseits für die Zukunft im Hinblick auf die geistige Einstellung unseres ganzen Volkes, besonders auf die Aufstellung einer neuen deutschen Wehrmacht.

Wenn ich diese Vorträge mit anschließender Aussprache erwähne, so deswegen, weil ich dadurch Einblick in das Denken nicht nur von Offizieren, sondern auch gerade der Unteroffizierskreise erhielt, & ich kann feststellen, daß ich bei der großen Mehrheit volle Zustimmung fand.

Eine entscheidender Anstoß für meine Schrift & Vorträge aber waren die Darstellungen, die ich in Mundfunk & Presse zu dem Gebietwid & Widerstandsbewegung beobachten mußte, Darlegungen, die geeignet sind, die Seele des deutschen Volkes zu verwirren & zu vergiften. 2 Beispiele seien angeführt:

Zunächst die "Frankfurter Hefte", die bekannte Monatsschrift, in der einer der Herausgeber (Dirks) im Juli 1951 eingehend zu den Fragen Eid, Hoch- & Landesverrat Stellung nahm. Aus den vielen Worten seien diese Sätze als Kernpunkt herausgeschält:

"Dieser Krieg war die deutsche Sache nicht. Wer ...versuchte, diesen Krieg mit Hilfe der Kriegsgegner zu stoppen, tat seine Pflicht & mehr als seine Pflicht, auch wenn er gegen den Landesverratsparagrafen verstieß,..."

Man beachte, daß ausdrücklich der Verstoß gegen den Landesverratsparagrafen gebilligt, ja als Pflicht bezeichnet wird.

Das zweite Beispiel entnehme ich im Auszuge der Süddeutschen Zeitung, in der ein Mitarbeiter (Müller - Keitlingen) in einem Aufsatz "Diktatur & Landesverrat" im Juni 1951 noch deutlicher schrieb:

"Wer nach dem 20. Juli gehängte General Oster hatte, wenn auch vergeblich, Holland, Norwegen 1940 vor dem unmittelbar bevorstehenden deutschen Überfall zu warnen gesucht. Hätte man auf seine Warnung gehört, so wären möglicherweise Tausende deutscher Soldaten "unnötig" gefallen. Genau hier geht die Frage an den Kern der Dinge.... Natürlich war es Landesverrat, was Oster tat. Er stand vor der Gewissensfrage: hat mir das von der Staatsführung beleidigte Recht nicht höher zu stehen als das Leben meiner Landsleute & meiner selbst? ...Man wird einem Mann wie Oster, der sich aus Vaterlandsliebe nicht nur für den Hoch-, sondern ganz bewusst auch für den Landesverrat entschied, höchste Achtung zollen müssen...."

Es möge mit diesen Beispielen genug sein, auf deren Inhalt ich noch eingehen werde.

Alle diese Berechnungen waren ein Grund für mich, meine Stills zu diesen Erörterungen zu erheben, wozu ich mich als

als einer der Offiziere oberster Dienstgrade der einstigen Wehrmacht verpflichtet fühlte. Ich betone dabei als Absicht meiner Einstellung: Ich möchte dazu beitragen, den Krieg im deutschen Volke zu schließen dort, wo es möglich ist. Ich möchte dazu beitragen, Brücken zu schlagen zwischen allen, bei denen es möglich ist. Aber ich bin auch der Ansicht, daß man den Krieg eines Fundamentes nicht bewältigt, indem man ihn überkleistert, & daß man einen Krebschaden nicht heilt, indem man Puder & Schminke darüber tut.

Ähnliche Gedankengänge, wie ich sie soeben an Beispielen zeigte, sind auch ganz besonders in dem Braunschweiger Prozeß 1952 gegen Remer vertreten worden. Ich komme deswegen noch auf ihn zurück neben ausgedehnten Erörterungen staatsrechtlicher & geschichtlicher Natur. Ich kann hinsichtlich dieser letztgenannten Erörterungen nur voll & ganz dem zustimmen, was der Bundespräsident der Witwe eines Widerstandskämpfers schrieb: "... Die Amtsgerichte & die Landgerichte ... sind einfach für solche Geschichteurteile, die keine Gerichtsurteile sind, unzuständig."

Ich beschränke mich daher darauf, meine Anschauung über die Probleme Krieg & Widerstand vom soldatischen Standpunkt aus darzulegen, indem ich versuche, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie war der Krieg des Soldaten im 3. Reich zu bewerten?
2. Was ist Hoch- & was ist Landesverrat, & kann der Bruch des geleisteten Eides durch Hoch- oder Landesverrat je gerechtfertigt werden?
3. Hat in der Zeit des 3. Reiches Hoch- & Landesverrat stattgefunden? - wie sind bejahendenfalls solche Taten zu beurteilen? - soweit man heute überhaupt ein Urteil fällen kann?

Ich komme zu der ersten Frage: Wie war & ist der Krieg des Soldaten im 3. Reich zu bewerten?

Es ist notwendig diese Frage zu stellen, weil - um nur 1 Beispiel zu nennen, - der Generalstaatsanwalt Dr. (Bauer) im Braunschweiger Remerprozeß behauptet hat, die Beamten & Soldaten waren nicht von dem Krieg auf die Weimarer Verfassung entbunden worden, hatten also & miteinander völlig unvereinbare Eide geleistet. Hier irrt Herr Bauer!

Die Eidesformel für uns Soldaten in der Weimarer Republik lautete:

"Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich meinem Volk & Vaterland allzeit treu & redlich dienen & als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen".

Ich verstehe ebensowenig, wie man aus diesem Wortlaut einen Schwur auf die Verfassung herauslesen will, wie auch die Forderung, daß der Soldat von diesem Eid der Treue gegen Volk & Vaterland entbunden werden mußte.

Der Staatsanwalt - er ist nicht der Einzige - hat ferner den Eid im 3. Reich, der "unbedingten Gehorsam" verlangte, als unsittlich & daher als "in sich nichtig" erklärt. Er hat dabei aber übersehen, daß es in dem deutschen Militärstrafgesetzbuch ausdrücklich hieß: "Gehorsam ist nicht geboten gegenüber Befehlen, deren Ausführung ein Verbrechen bedeuten würde."

Also ein vollständig klarer Fall & ein Beweis dafür, daß die Eidesformel nichts Unsittliches enthielt!

Im übrigen weise ich darauf hin, daß der Feldmarschall von Witzleben für den Fall des geglückten Attentats gegen Hitler einen Aufruf an die Wehrmacht, deren Führung er übernehmen sollte, vorbereitet hatte, in welchem der Satz enthalten ist: "... Wo immer Ihr steht, an ders Front oder in den besetzten Gebieten, verpflichte ich Euch auf die Gesetze unbedingten Gehorsams". Nach der Auffassung von Bauer hätte also auch Witzleben eine unsittliche Handlung begangen!

Als meine persönliche Einstellung möchte ich abschließend zu dem Gebiet "Eid" sagen: Ich habe gedient unter Wilhelm II., unter Ebert, Hindenburg & Hitler. Aber ich habe weder dem Kaiser noch Ebert noch Hindenburg noch Hitler gedient, sondern mich bemüht, nach besten Kräften dem deutschen Volke zu dienen & in diesem Sinne den Eid gegenüber dem Staatsoberhaupt aufgefaßt. Und ich glaube, daß die große Masse der Soldaten ebenso empfand.

Die zweite Frage lautete: was ist Hoch- & was ist Landesverrat, & kann der Bruch des geleisteten Eides durch Hoch- oder Landesverrat je gerechtfertigt werden?

Es könnte nach den vielen Erörterungen als überflüssig erscheinen, die Begriffe Hoch- & Landesverrat nach ihrem Wesen nochmals zu erläutern. Und doch trifft man immer wieder auf eine völlige Verwirrung dieser Begriffe. Vielleicht kann ich durch nähere Beleuchtung dieser schweren Probleme den einen oder andern Gedanken geben, der zu weiterer Klarheit beiträgt.

wobei ich zunächst unabhängig von den Ereignissen der letzten deutschen Epoche spreche.

Der Hochoerrat ist eine bis zum Gesetzes- & Eidbruch gesteigerte Opposition gegen die Staatsgewalt. Er richtet sich schließlich gegen das Staatsoberhaupt selbst. Wir haben in der Geschichte die verschiedensten Formen oberster Staatsgewalt der Völker kennen gelernt: Tyrannen mit unbeschränkter Gewalt, Konsuln mit Beschränkung ihrer Befugnisse durch eine Art Parlament im Altertum, - weiterhin Kaiser & Könige, die ihre absolute Macht als von Gott verliehen betrachteten, - weiterhin Fürsten, deren Macht durch eine Verfassung Grenzen fand, - weiterhin Demokratien & im Gegensatz dazu die Diktatur. Dies alles sind zeitliche Erscheinungen, menschliche Einrichtungen, hervorgerufen durch die Entwicklung, den geistigen Stand & das Wollen eines Volkes oder ihm aufgezungen durch geschichtliche Ereignisse & Persönlichkeiten. Welches die Form der obersten Staatsführung auch sei, so hat niemand ihren Sinn besser & edler gekennzeichnet als der große König Friedrich in seinen Worten: "Ich bin der erste Diener meines Staates". Und daher meine ich: wenn ein Staatsoberhaupt diese seine hohe Aufgabe & Berufung als oberster Diener seines Volkes nicht erfüllt, wenn er sogar zum Unsegen oder Verderben für sein Volk wird, so hat dieses das geschichtliche Recht, sich gegen diese Staatsführung zu wenden - falls nicht anders möglich mit Gewalt. Hitler selbst hat dies klar in seinem Buch "Mein Kampf" ausgesprochen, indem er schrieb:

" Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalte ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht ."

Ich vermag mir wahrlich keinen schwereren Schritt & Entschluß vorzustellen, als wenn der Soldat seine Hand gegen das Staatsoberhaupt erhebt, dem er Treue geschworen hat. Und doch können den Hochoerräter seine Ziele ehren, wenn er aus innerer Verpflichtung seinem Gewissen entsprechend & aus Vaterlandsliebe sich zu seinem schweren Entschluß durchgerungen hat. Der Hochoerräter kann sich in tiefster Übereinstimmung mit dem befinden, was für das Leben seines Volkes notwendig ist. Und zu allen Zeiten hat es Revolutionäre gegeben, die im Glauben an die Verpflichtung gegenüber ihrem Volke sich gegen das Staatsoberhaupt wandten.

Menschlich sittlich waren sie gerechtfertigt, wenn sie aus tieferer Überzeugung, aus edlem Willen & Beweggrund handelten.

Das Urteil der Geschichte hat sie aber erst dann freigesprochen, wenn sie wirklich zu Rettern ihres Volkes wurden & ihm eine neue & bessere Zukunft schufen. Mit anderen Worten, sie hatten nur dann die Berechtigung zu ihrer Tat, wenn sie ihre Überzeugung & ihr Gewissen verbanden mit der Gewissheit oder wenigstens Wahrscheinlichkeit, das Schicksal ihres Volkes zum Guten zu wenden. Irrten sie hierin, blieb der äußere Erfolg als geschichtliche Rechtfertigung versagt, so wird man doch menschlich das sittliche Motiv anerkennen.

Ich spreche somit klar als meine Überzeugung aus, daß ich das Recht auf Widerstand, selbst unter Bruch des Eides gegen die Staatsgewalt - wohlverstanden in schwersten Lagen & unter gewissen Voraussetzungen - als Ultima Ratio & Notwehr anerkenne, da eben meiner Überzeugung nach das Wohl von Volk & Vaterland über jeder anderen Erwägung zu stehen hat, & daß dieser Widerstand sogar zum Sturz oder der Beseitigung des Staatsoberhauptes führen kann. Ich möchte aber betonen, daß durch diese Feststellung die grundsätzliche Heiligkeit des Eides nicht angetastet werden soll, - ebensowenig wie es eine "Regel" für seinen Bruch geben kann. Der Entschluß zu so schwerer Tat kann nur im einzelnen Falle & in der eigenen Brust gefunden werden.

Soweit meine grundsätzliche Anschauung zum Stoffgebiet Hochverrat.

Völlig anders muß nach meiner Überzeugung der Landesverrat - der Verrat am eigenen Volke - beurteilt werden, der dadurch begangen wird, daß er dem Feinde oder möglichen Gegner in irgend-einer Form Vorschub leistet zum Schaden des eigenen Volkes.

Wenn ich sagte, daß die verschiedenen Formen der Staatsführung & ihres Oberhauptes menschliche Einrichtungen & wechselnde, vergängliche Einrichtungen sind, so ist meiner Ansicht nach das Volkstum das von Gott & der Natur Gewollte & Geschaffene, das Ewige - soweit man bei menschlichen Dingen überhaupt von ewig sprechen kann.

Seinem Volke zu dienen heißt daher, die gottgewollten Gesetze erfüllen: seinem Volke irgendwie zu schaden, verstößt gegen diese Gesetze. Und dieser Verstoß wird durch keinerlei Beweggrund gerechtfertigt. Ich sehe hier ab von jenen Kreaturen, die für Geld & Gewinn ihr Land verrieten. Aber auch wenn Landesverrat aus den gleichen Gründen entsprang wie Hochverrat, nämlich aus Gegnerschaft gegen das Staatsoberhaupt & seine Regierung, so kann er nie gerechtfertigt werden, weil er sich eben nicht nur gegen Regierung & - System richtet, sondern auch inner gegen Land &

Institut

Volk. Und das ist der entscheidende Unterschied zwischen Hoch- & Landeserrat, - & deswegen lehne ich jede Verteidigung & Billigung von Landeserrat unbedingt ab. Besonders aber im Kriege! Nie & nimmer darf der Mille zum Sturz des Staatsoberhauptes einen Weg einschlagen, der über die Durchkreuzung der eigenen Kriegführung geht. Denn solches Tun richtet sich stets gegen das eigene Land, das eigene Volk & vor allem gegen die eigenen Soldaten. Ich lehne daher auch die bisweilen gehörte behauptung, das sich in unserer jüngste Vergangenheit Hocherrat & Landeserrat nicht deutlich unterscheiden lassen, restlos ab!

Völlig widersinnig ist auch der bisweilen ausgesprochenen Gedanke, das es in einem Staate Hitlers überhaupt weder Hoch- noch Landeserrat geben konnte, weil dieser Staat verbrecherisch gewesen sei. Denn wenn man sich auch zu dem Gedanken durchringen kann, das eine Geultat gegen das Staatsoberhaupt gerechtfertigt sein könne, weil das Wohl des Volkes über allem steht, so ist es völlig widersinnig, Taten zum Sturz des Staatsoberhauptes zu billigen, die sich in irgend einer Form gegen das Wohl des Volkes selber richten.

Aus diesem Grunde bin ich auch der Ansicht, das bei den Auseinandersetzungen über dieses Problem ein ganz grundsätzlicher Fehler gemacht wurde, indem alles, was sich "Widerstandsbewegung" nennt in den Begriff "U. Juli" zusammengefaßt wurde. Ich habe bereits gekennzeichnet, welchen Männern des Widerstandes menschliche Achtung zu zollen sei. Jedoch entspringt es keinesfalls dem Andenken dieser Männer, wenn der Kreise ~~mit~~ aller Anhänger der Widerstandsbewegung als eine geistige & ethische Einheit dargestellt wird. Nicht deswegen ist ein Mann zu achten, weil er Widerstandskämpfer war, sondern zunächst ist zu fragen, w a r u m er es war & vor allem: w i e er es war. Der Landeserräter - ich wiederhole es - schließt sich selbst von seinem Volke aus & achtet sich selbst. Und das ist es, was ich befürchtete: das infolge jener Verwirrung aller Begriffe, die unbewusst oder auch sehr bewusst herbeigeführt ist (!), das - sage ich - mit jenen Männern des Widerstandes, denen Achtung zu zollen ist, auch jene mit durchschlüpfen, mit mit einbegriffen & sogar geehrt werden, die als Landeserräter abgelehnt werden müssen.

Bevor ich diese grundsätzlichen Gedanken abschliesse, & zu der dritten Frage übergehe, möchte ich noch auf die Verheerenden Folgen für einen Staat hinweisen, der Landeserrat in irgendeiner Form je für gesetzlich erklärt & verherrlicht. Eid & Treuepflicht sind & bleiben die Voraussetzungen, das Fundament des Zusammenlebens eine

einer Gemeinschaft. Ein Staat, der diese Grundlage untergräbt, gräbt sich selbst das Grab, - er legt selbst die Art an die Wurzeln seiner Autorität. Wie soll der Staat sich selber schützen, wenn er Landeserrat je für gesetzlich erklärt & als verdienstvoll anerkannt hat ??

Für keinen Stand innerhalb des Staates aber gelten diese Gedanken über die Bedeutung des Landes mehr als für seine Wehrmacht. Zweck & Sinn der Wehrmacht ist doch der Schutz & die Verteidigung des eigenen Volkes, selbst unter Einsatz des Lebens. Die menschliche Natur neigt in schweren Lagen zum Ausweichen, - Soldaten, die nicht in dem unbedingten Gehorsam & der unbedingten Pflichterfüllung erzogen sind, Soldaten, in deren Reihen solche Forderungen zu diskutierbaren Begriffen werden, werden im Augenblick der Not versagen, sie sind keine brauchbare Truppe, sondern ein "Haufen".

Ich komme nun zu der dritten & schließlichen Frage: hat in der Zeit des dritten Reiches Hoch- & Landeserrat stattgefunden? Und wie sind beziehungsweise solche Taten zu beurteilen?

Ich habe bereits einleitend gesagt, daß a. u. ein abschließendes Urteil über die Ereignisse unserer letzten Geschichtsepoche geben zu sollen, eine Verlässlichkeit wäre. Es gehört zu den tiefen Demütigungen, die man unserem Volke antut, daß man ihm seine gesamte Archive nah. Damit ist auch die deutsche Geschichtsforschung unendlich erschwert.

Es ist jedoch nunmehr erforderlich, die nachweisbaren Fälle des Widerstandes, die in der Öffentlichkeit als Landes - berrat angeklagt & besprochen werden, & die übersehbar sind, zu erörtern, um dem deutschen Volke in den grundsätzlichen Fragen, die es auf tiefste aufzurollen, eine klare & unumwundene Antwort zu geben. Von diesem Gesichtspunkt aus möchte ich mit meinen Darlegungen einen Beitrag geben, wobei ich chronologisch vorgehen will, indem ich die Tat des 20. Juli nur als einen Ausschnitt & den Höhepunkt des Gesamtwiderstandes ansehe.

Ich betrachte zunächst die bekanntesten Widerstandshandlungen vor & zu Beginn des Krieges.

Es steht historisch fest, auch nach seinen eigenen Angaben, daß Generaloberst Halder im Herbst 1936 Verbindung zur englischen Regierung aufnahm, um diese gegen Hitlers Ansprüche hart zu machen (Foertsch, Schuld & Verhängnis, S. 179). Ohne Zweifel waren Halders Gedankengang & Bestreben, einen Krieg zu verhindern, -

also ein an sich anzuerkennendes Motiv. Der Vorwurf des Landesberrats wird ihm nach den damals gültigen Gesetzen juristisch nicht gemacht werden können, da der Vorsatz, das Wohl des Reiches zu gefährden, fehlte. Wie man aber juristisch ein solches Verfahren bezeichnen mag, zu bedenken bleibt folgendes: Halder, der 1936 zur "München" Hitler gemeinsam mit v. Fritzele hatte stürzen wollen, er, der England seinen Gegensatz zum Staatsoberhaupt offenbart hatte, blieb auf seinem Posten, - trotz der sich weiterhin im Jahre 1939 offenbarenden Kriegsgefahr & trotz des ausbrechenden Krieges - bis zum September 1942. Es bedarf wohl keiner großen Phantasie für die Beurteilung, wie weit dieses Verhalten eines deutschen Offiziers auf einen der wichtigsten Posten dazu beitragen konnte, dass England im September 1939 in den Krieg eintrat, nachdem es erkannt hatte, welche Masse in dem Fundament der deutschen Wehrmacht bestanden! Der Hinweis Englands auf diese Garantie an Polen ist nicht stichhaltig, - so denn als Kuslang 14 Tage später sich an dem Krieg gegen Polen & weiterhin an seiner Aufstellung beteiligte, hat England ihm nicht den Krieg erklärt. ((Laut Jalta-Dokumentenveröffentlichung hat Churchill damals auch zugegeben, dass England "an Polen an sich nichts lag").-)

Ich habe bisher in soldatischen Kreisen kaum eine Verteidigung der Haltung des einstigen Generalstabschefs gefunden, dagegen in weitesten Kreisen Ablehnung & Verurteilung.

Von Bedeutung für die Beurteilung, wie weit diese sogenannten "Sondierungen" oder "Fühlungsnahmen" zum Kriegseintritt Englands beigetragen haben, ist die Tatsache, dass die englische Staatsführung noch im Sommer 1939 in ihrer Haltung offenbar schwankend war. Denn Lidell Hart berichtet in seiner Studie "Wie der Krieg wirklich begann", dass der englische Ministerpräsident Chamberlain Ende Juli 1939 private Unterhandlungen dazu durch seinen vertrauten Berater Sir Horace Wilson mit Hitler für einen englisch - deutschen Pakt begonnen hatte, der England in die Lage versetzen würde, seine Verpflichtungen gegen Polen loszuwerden.

Von größter Bedeutung bezügl. der Auswirkung jener Schritte deutscher Männer ist ferner ein im Jahr 1951 erschienener Bericht von Oswald Pirow, vor dem Kriege seinerzeit südafrikanischer Verteidigungsminister. Pirow, in Rüstungsfragen des englischen Empire im Herbst 1938 nach London entsandt, stellte sich im Auftrage von Smuts Chamberlain für weitere Verständigungsverhandlungen

Verhandlungen mit Hitler zur Verfügung. Aus dem Bericht von Pirow sind 2 Punkte von Wichtigkeit. Einmal, das Chamberlain zu weitestem entgegenkommen bereit war. Wörtlich sagt Pirow:

"Am Ende des Gesprächs war bei mir kein Zweifel, das Chamberlain ggf. Deutschland freie Hand im Osten zubilligen würde."

Die ander für diese Urörterung höchst wichtige Frage & Beobachtung aber ist die, welche Pirow bei einer Gruppe von Personen in London machte, die sich einer deutsch - englischen Verständigung entgegenstehen. Darüber berichtet Pirow:

Von diesen Leuten war ein großer Anteil aus den Kreisen des Foreign Office & des Foreign Office. Ich nahm an ihnen & bekam Dinge zu hören, die ich damals als Schwaermärchen ablehnte. So wurde mir erzählt, das, wenn der Krieg ausbräche zwischen Deutschland & England, mit einem Aufstand gegen Hitler zu rechnen sei. Führende Politiker & sogar hohe Offiziere würden sich daran beteiligen. Als ich über diese Prophezeihungen lachte, versicherte man mir, das die erwähnten Leute schon mit London Verbindung aufgenommen hätten. Ich, der glaubte, etwas von der deutschen Ehre & von dem Ruhm der Soldaten zu wissen, lehnte dies energisch ab. Heute kommt es mir vor, als ob diese Engländer mit ihrer Behauptung vom deutschen Verrat noch vor Kriegsausbruch recht gehabt haben können."

Ich weiß nicht ob & will auch nicht behaupten, das die Darstellungen der beiden genannten Männer in allen Punkten zutreffen. Sines scheinen sie mir klar zu erweisen, das eben die Haltung Englands noch 1939 völlig zweifelhaft war, das aber jede erkennbare deutsche Schwäche den "Kriegshetzern", wie sie Pirow nennt, die Oberhand geben konnte.

In der gleichen Weise ist daher auch die Tätigkeit zu bewerten, deren sich Herr von Schlabrendorff in seinem Buche "Offiziere gegen Hitler" rühmt. Auch er hat bei seinem Besuch bei Churchill kurz vor dem Kriege nicht nur ein anderes Deutschland zeigen wollen, was nach seiner eigenen Darstellung klar (S. 52) daraus hervorgeht, das Churchill ihn nach einer "Garantie einer erfolgreichen Aktion gegen Hitler fragte. Ebenso kann die Mitteilung dieses Herrn v. Schlabrendorff am 3. Sept. 1939 an ein Mitglied der englischen Botschaft, das der General von Hammerstein Hitler bei einem Besuch seiner Armee festnehmen & stürzen wolle, (S. 56) wahrlich nicht als "Londierung" bezeichnet werden. Vielmehr ist die ganz unzweifelhafte Folgerung, das all diese verräterischen Machenschaften & die Einblicke der Engländer in die militärische & politische Zerrissenheit & Schwäche innerhalb der deutschen Führung sowohl auf den Eintritt Englands in den Krieg wie auf die weitere Ablehnung aller Friedensabgleiten

hinzuwirken konnten & mußten.

Selbstverständlich waren diese Vorgänge auch in Polen bekannt & bewirkten eine entsprechende Einstellung seiner politischen Führung. So berichtet der Schwede Dahlerus, jener Industrielle, der, mit Göring befreundet, zwischen Deutschland & England vor dem Krieg zu vermitteln suchte, über den Ausspruch des polnischen Botschafters Lipski in Berlin vom 30.8. 1939 folgendes:

"Polen hat gar kein Interesse an Verhandlungen mit Deutschland. Ich kenne die Verhältnisse in Deutschland seit 5 Jahren. Wenn es zu einem Krieg kommt, wird eine Revolution ausbrechen & die polnischen Armeen werden gradewegs nach Berlin marschieren". (Sista Forsöget, Stockholm 1945, S. 175).

Ich komme nun zu dem schwerwiegenden Falle des Generals Oster. Sein Landesperrrat ist dokumentarisch erlesen & zwar in dem Prozeß gegen Huppenkothan im November 1952 in München.

Huppenkothan, der 1945 die Anklage gegen Canaris / Oster & andere vertreten hatte, wurde wegen Hinrichtung dieser Männer der Beihilfe zum Mord angeklagt. In diesem Bericht hat eine große Rolle der sogen. "Sas" - Bericht gespielt. Es handelt sich dabei um den Bericht einer holländischen Regierungskommission deren Aufgabe es 1949 war, die Verantwortlichkeit des ehemaligen holländischen Kriegsministers & des Oberbefehlshabers der holländischen Streitkräfte zu untersuchen. Im Mittelpunkt der Arbeit dieser Regierungskommission stand die eidliche Aussage, des ehemaligen holländischen Militärattaches in Berlin Sas während der Jahre 1939 / 40, dem sein Freund, der damalige Oberster Oster vom Abwehramt laufen-die Angriffstermine gegen die Westmächte, Holland, Belgien, Luxemburg verräteten & auch den Tag der Landung in Norwegen bekanntgegeben hat. Sas hat diese von Oster erhaltenen Nachrichten weitergegeben. (Eine Abschrift dieses Dokuments ist in meiner Hand).

Das Schwurgericht München hat (1) in zweiter Instanz Huppenkothan von der Beihilfe zum Mord freigesprochen & hinsichtlich der seinerzeit Hingerichteten, also auch Oster & Canaris gesagt:

"Daß die Pläne der damaligen Angeklagten nach der Gesetzgebung jener Zeit den Tatbestand des Hoch- & Kriegsverrats erfüllten, kann nicht bestritten werden."

Als Sprecher der Verteidiger Osters sagte - lt. Presse - Herr v. Schlabbrendorff, einer der Hauptzeugen im Braunschweiger Keiserprozeß:

"Ich billige, dieses Verhalten Osters ist war groß & heroisch Und ferner: Ich glaube, daß die Aufrechterhaltung der deuts

23-12-47

deutschen Ehre schwerer wiegt, als der Tod deutscher Soldaten, der hätte eintreten können, aber nicht eingetreten ist."

Betrachten wir zunächst einmal den Fall des Verrats an Holland, Belgien usw. Es ist unverständlich wie durch jenen Verrat "die deutsche Ehre aufrechterhalten" würde oder werden könnte. Denn das auch bei Kenntnis des Einmarschdatums ein überrennen Holland & Belgiens durch das deutsche Heer nicht aufgehalten oder verhindert werden konnte, das wußte Oster als General ebenso genau wie es Herr v. Schlabrendorff wissen muß.

v. Schlabrendorff behauptet, daß der Tod deutscher Soldaten hätte eintreten können, aber nicht eingetreten ist. Den Beweis bleibt er freilich schuldig. Schon die Gefährdung durch den Verrat war ein Verbrechen. Aus dem Sas - Bericht geht aber hervor, daß die entsprechenden militärischen Maßnahmen in Holland getroffen wurden, ferner, daß er die erhaltenen Nachrichten sofort auch an den belgischen Attachee weitergab. Es ist also mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Tausende deutscher Soldaten sehr ihr Leben durch den Verrat ließen, als wenn Holland & Belgien überrascht & überrannt worden wären. Ich vermag in der Vertretung einer solchen Ansicht, wie sie v. Schlabrendorff vertritt, nämlich, daß ein General aus seiner Auffassung von "deutscher Ehre" berechtigt sei, das Leben von Tausenden von deutschen Soldaten aufs Spiel zu setzen oder gar zu opfern, nichts anderes zu sehen als eine verbrecherische Annahme. Es ist erschütternd daß eine solche Auffassung vor dem deutschen Gericht in Braunschweig ausgesprochen wurde, - daß der dortige Staatsanwalt diese These verteidigte, & daß das Gericht sie nicht aufs schärfste verurteilte.

Ebenso klar liegt der Fall Norwegen. Es steht fest, daß Oster auf dem Wege über den holländischen Attachee die Warnung über die Landung weitergab. Es sei dahingestellt, auf welchem Wege diese Nachricht weitergegeben wurde. Sicher ist, daß der Norwegische Gesandte in London die Meldung rechtzeitig an sein Land gab. Und völlig sicher ist, daß sämtliche norwegische Befestigungen besetzt & abwehrbereit waren. Nur dadurch war die Versenkung der "Blücher" in der Dröbak - enge vor Oslo möglich. Wir sind die uralten Festungswerke, besonders die ganz veraltete Torpedobatterie, bekannt, die nur nach stundenlanger Vorbereitung einsatzfähig sein konnten, die aber Blücher den Rest gaben. Hunderte von deutschen Seeleuten & eingeschifften Heeresangehörigen kamen dadurch ums Leben. Die Besetzung Oslos, die sonst im Morgenrauschen schlagartig durchgeführt worden wäre, verzögerte sich bis zum Nachmittage. So konnte der norwegische

König entfliehen, während man andernfalls wahrscheinlich zu einer Regelung wie in Dänemark gekommen wäre. Der Krieg weitete sich über ganz Norwegen aus & kostete das Leben von Tausenden von Soldaten auf beiden Seiten.

Ich glaube nicht, daß man es wagen kann, im Falle Norwegen von einem Bellum iniustum (ungerechtem Krieg) wie Staatsanwalt Bauer sagte, oder von Berechtigung zum Verrat des Angriffstermins "zur Aufrechterhaltung der deutschen Ehre" (Schlabrendorf) angesichts dieser Taten & Toten zu sprechen.

Inzwischen ist längst historisch nachgewiesen, daß im Falle Norwegen das gleiche Unternehmen von alliierter Seite geplant, befohlen & begonnen war, & daß lediglich die deutsche Unternehmung zuorkam. Ein gerecht denkender Engländer, Lord Hankey, Mitglied des Oberhauses, verteidigt das deutsche Unternehmen - er ist nicht der Einzige - & schreibt in seinem Buche "Politics, Trials & Errors" über das Norwegen - Unternehmen:

"Wenn unsere Operation nicht aggressiv war, dann war ihre (der Deutschen) als einzige Möglichkeit, sich vor der Erstrosselung zu retten, ebenfalls nicht aggressiv. Ich war damals Mitglied des Kabinetts, & wir hatten darüber keine Illusion. Jeder wußte, daß die Deutschen es tun wurden."

So schreibt ein Engländer, der Einblick in die Lage hatte. Seine Worte zeigen, daß selbst das Völkerrecht obllig auf unserer Seite war. Es blieb Deutschen vorbehalten trotz allem von dem "beleidigten Recht" & von "bellum iniustum" zu reden.

Vor allem aber scheint mir dieser Gedanke im Falle Oster ausschlaggebend: wer in Kenntnis jener Pläne den Willen hatte, sie zu durchkreuzen, der durfte nicht die Geheimpläne ins Ausland verraten, sondern er mußte den Mut haben, dem Kanne entgegenzutreten, der sie erließ. Was ein General mit seinem Leben machte, war seine Sache. Nie & nimmer aber hatte er aus seiner Anschauung das Recht, das Leben von Tausenden von deutschen Soldaten zu opfern. Die schlimme Folge solcher Gedanken aber wäre bei Billigung & Durchsetzen die Untergrabung des Vertrauens als Voraussetzung für Befehle & Gehorchen. Wenn der Soldat im Graber nicht weiß, ob der ausgesandte Spahtrupp nicht mit dem Feinde Verbindung aufnimmt, ob der neben ihm liegende sich noch an seinen Eid gebunden fühlt, wenn er nicht weiß, ob der ihn befehligende General nicht Geheimsbefehle an den Feind ausliefert, - kurz, wenn das Vertrauen zerfressen & zerstört ist, was bleibt dann noch als verbindende Kraft einer Truppe??

Dieses mögen jene bedenken, die an den geistigen Grundlager eines Staatswesens rütteln; wie wollen sie in Zukunft eine zuverlässige Wehrmacht aufbauen, wie wollen sie den Staat schützen

gegen Elemente, die aus anderer gearteter Weltanschauung mit einem feindlichen Ausgang Verbindung aufnehmen & Verrat begehen, jetzt oder gar in kriegerischen Zeiten?

Nun hat der Staatsanwalt im Braunschweiger Prozeß ausgeführt, daß die Widerstandskämpfer gemäß § 88 St.G.B. deswegen keine Landesverräter gewesen seien, weil ihnen der Vorsatz, das Wohl des Reiches zu gefährden, gefehlt habe. Wenn tatsächlich die Gesetzes - Paragraphen des 3. Reiches so schlecht & lückenhaft waren, dann kann man nur hoffen, daß die von der Bundesregierung im Jahre 1951 geschaffenen Gesetze besser sind, sodaß ein Landesverräter nicht hindurchschlüpfen kann. Vor allem aber möchte ich der Begründung des Staatsanwaltes den § 91 b St.G.B. entgegensetzen, welcher lautete: "Wer im Inland oder als Deutscher im Ausland es unternimmt, während eines Krieges der feindlichen Macht Vorschub zu leisten, oder der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen, wird mit dem Tode bestraft."

Jedes Wort dieses Paragraphen - Krieg, Vorschub gegenüber dem Feind, Nachteil für die eigene Kriegsmacht - trifft auf die Taten von Oster zu & stampft sie zu einem todeswürdigen Verbrechen, Osters Tate war klarster Landesverräter - vor dieser Feststellung schützt keine juristische Spitzfindigkeit!!

Der Beweggrund für Osters Tat entsprang zweifellos seiner Gegnerschaft gegen Hitler & seine Regierung, - sein Haß gegen den Diktator führte ihn in völliger Verwirrung aller soldatischen Begriffe zu Taten, die weder die - angeblich befleckte - deutsche Ehre retten, noch das Schicksal wenden, sondern einzig den Tod unschuldiger deutscher Männer verursachen konnten.
Haß macht blind!

Sie finden die gleiche Einstellung in dem Buche von Schlabachdorff, wenn es dort bezügl. des etwaigen Erfolges einer Invasion nach England heißt:

"Diesen Erfolg Hitlers unter allen Umständen & mit allen Mitteln zu verhindern, auch auf Kosten einer schweren Niederlage des 3. Reiches, war unsere dringlichste Aufgabe."

Es ist kennzeichnend, daß in der 2. Auflage dieses Buches dieser landesverräterische Satz schamhaft weggelassen wurde.

Und ich erinnere an die religiöse Verirrung des Pfarrers Bonhoeffer, der auf einer Genfer Kirchenkonferenz sagte, :

"Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes".

Es ist für mich als früheren Angehörigen der Kriegsmarine besonders schmerzlich, bei der Erörterung erwiesener Unterwühlung der deutschen Kriegführung auf einen Mann zu sprechen zu kommen,

der einst unserm Kreise angehörte: C a n a r i s.

Es ist nicht möglich, das unselige Wirken dieses Mannes in einzelnen zu übersehen; fest steht, das er sein Amt der "Abwehr", dieses so unendlich wichtige Instrument der deutschen Kriegführung, zu deren Unterwühlung verwendete. Einerseits deckte er den Verrat, der aus den Reihen seines Amtes betrieben wurde; "Canaris hielt den Schild über Oster" schreibt Schlabrendorff (S.42). Wer Verrat deckt, begeht selbst Verrat! Andererseits unterdrückte oder fälschte er wichtige Meldungen des Nachrichtendienstes, wie Gisevius & Liddell Hart an Beispielen berichten & letzterer sagt in seinem Buche "Jetzt dürfen sie reden" (S.184):

" Wir wissen, das Admiral Canaris, der Chef des deutschen Geheimdienstes, eine Reihe versteckter Maßnahmen traf, um Hitlers Ziele zu durchkreuzen, & das gerade vor den Angriffe im Frühjahr auf Norwegen, Holland & Belgien den bedrohten Ländern Warnungen zugesteckt würden..."

Abschließend seien 2 Aussagen wiedergegeben, die der ehemalige Chef des Generalstabes Molder in dem Muppenkothenprozes (November 1952) gemacht hat, nämlich:

- 1) das der Feind häufig über wichtige, bevorstehende militärische Ereignisse, insbesondere über Angriffstermine - also über Absichten der deutschen Führung - eher unterrichtet war als die deutschen Truppenkommandeure an der Front, &
- 2) das im 2. Weltkrieg so ziemlich alles verraten wurde, was überhaupt verraten werden konnte.

Ein wahrhaft erschütterndes Bild zu dem Abschnitt Landesverrat!

Die Aussagen Molders finden ihre Bestätigung in einem Aufsatz der schweizer Zeitung "Die Tat", welche in Verbindung mit einem im Jahre 1953 laufenden Ausspähungsprozes meldete, das:
" in der ganzen Zeit des Ostfeldzuges ... die geheimsten Unterrichtungen über die militärische Lage an der Ostfront ... laufend über die Schweiz nach Moskau gegangen waren ... Informationen, die aus den höchsten Stellen der deutschen Truppenführung stammen müsten, Die Zahl kam nahe an 10 000 !"

Der Widerstand gegen Hitler & seine Regierung steigerte sich mit der Zeit bis zu dem Entschlus zu seiner Beseitigung durch Attentat. Ich habe meine grundsätzliche Ansicht bei der allgemeinen Erörterung dieses Problems über Hochverrat bereits dargelegt & kann mich daher kurz fassen. Wenn auch die Verhältnisse der Kriegführung bei der Marine anders gelagert waren als beim Heer, so kann ich doch aus meiner einstigen Stellung als höherer Befehlshaber verstehen, daß wie Heerführer ebenso aus dem Verantwortungsbewusstsein für die Truppe, für die Erfüllung ihrer militärischen Aufgabe

in der ihnen die Hände gebunden wurden, wie für die Untergebenen, mit denen sie sich im Herzen verbunden fühlten & die sie durch falsche militärische Maßnahmen geopfert sahen, den Widerstand ebenso als Recht wie als Pflicht ansahen. Man muß sich den tiefen Gewissensnot vorstellen, in dem sie sich zu entscheiden hatten zwischen ihrem Eid & der Verantwortung in ihrer Aufgabe gegenüber dem deutschen Volk & ihren Untergebenen. Man muß sich vorstellen, wie dieser Gewissenskonflikt vertieft wurde, falls jene Männer von verbrecherischen Maßnahmen Kenntnis erhielten, für die letzten Endes das Staatsoberhaupt verantwortlich war. Es fällt mir sehr schwer, dies aussprechen zu müssen, der ich einst als Soldat Hitler Gefolgschaft leistete. Wer aber nach Klarheit & Erkenntnis strebt, darf auch vor der vollen Wahrheit nicht ausweichen. Ich bedaure tief, daß immer Zeit & unter der Herrschaft des Nationalsozialismus die deutsche Geschichte beflackt wurde, - die deutsche Geschichte, die nach meiner Überzeugung sauberer war als die aller Großmächte. So erscheint es mir menschlich verständlich, daß dieser Widerstand bis zum Gedanken der Beseitigung Hitlers reifte, weil ein anderer Weg nicht eck sichtbar schien. Gleichwohl mußte aber dabei beherrschend bleiben der Gedanke, das Schicksal des deutschen Volkes zum Guten wenden zu können, - nicht aber Haß oder Rachegefühl. Nur solche Männer hatten das Recht zu solchen Entschlüssen & Taten, die den erforderlichen großen Überblick hatten & die Möglichkeit besaßen die Wendung zur Rettung wirklich herbeizuführen. Dies war aber in entscheidendem Maße, auch von der Geisteshaltung der Feinde abhängig.

Ich komme damit zu einem sehr schwierigen Punkte. Die führenden Männer des Widerstandes hatten die Verantwortung & Pflicht die Folgen eines durchgeführten Attentates bis ins Letzte zu durchdenken & die günstige Auswirkung für ihr Volk zu sichern. Dazu war es notwendig, die Einstellung der Gegner gegenüber einer neuen deutschen Regierung zu kennen. Faßte man den Entschluß zum Attentat, so war die Fühlungnahme zu den Feinden vorher zwangsläufig erforderlich, - so gefährlich ein solcher Schritt stets ist. Andererseits war aber im Jahre 1944 unsere militärische Lage & die feindliche Überlegenheit so bekannt, daß damit z.B. die Preisgabe eines militärischen Geheimnisses, also eine Unterstützung des Feindes, nicht verbunden war. Nur wenn zugleich mit dem Tode des Diktators die neue Regierung die klare Bereitschaft der Gegner zu Verhandlungen & Frieden mit dem deutschen Volk vorweisen konnte, erbrachte sie den Beweis für die Rechtfertigung

Rechtfertigung (Berechtigung) ihrer Tat & vermied die Katastrophe, die, sonst unweigerlich eintreten mußte.

Vir wissen, daß solche Fühlungsnahmen erfolgt sind; die Bemerkenswerteste ist wohl die der Pfarrer Schönbald & Bonhoeffer (Kirchentag Stockholm 1942(1) im Auftrag der Widerstandsbeziehung über den englischen Bischof von Chichester Bell.

Aus einer Schrift von Bell geht hervor, daß er am 30.6. 1942 den ihm übermittelten Vorschlag der Widerstandsbeziehung mit allen Einzelheiten der Namen & des Planes für einen erhofften Frieden an Außenminister Eden weitergeleitet hat & daß bereits am 17. Juli auf demselben Wege die klare Antwort erfolgte: ---" ...die englische Regierung sei nicht gewillt, irgend etwas zu unternehmen". Diese klare Ablehnung des alten Deutschlandshassers Churchill war zu erwarten & entsprach dem Ziel, das er bereits im November 1939 in einer Rundfunksprache an das englische Volk gekennzeichnet hatte: " ...Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, & sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands." Man beachte: Deutschlands - nicht des Nationalsozialismus.

Aus den inzwischen veröffentlichten Erinnerungen von Papens geht ferner hervor, daß er einen entsprechenden Schritt bei Roosevelt unternommen, jedoch keine Antwort erhalten hat. Mit der klaren Antwort Englands aber ging das Schicksal unabwendbar seinen Weg & entfiel die wichtigste Voraussetzung für eine Wendung zur Rettung des deutschen Volkes, - dagegen erhob sich riesengroß bei geglücktem Attentat die Gefahr des Bürgerkrieges.

Ich muß hier einen Gedanken einfügen. Ich lese immer wieder mit Verwunderung & Staunen bei den Schriftstellern unserer Zeit & in Zeitungsbeiträgen von den "zuverlässigen Divisionen", die "bereitgestellt" wurden, um Hitler festzunehmen & zu stürzen, so z.B. im Herbst 1938 vor "München".- Dies ist nicht nur eine böllige Vergeßnung der Seele des deutschen Volkes, besonders des Soldaten, sondern auch eine Herabwürdigung, wenn man glaubt, daß der Soldat, der einen Eid geschworen hat, auf Befehl eines Divisions- oder Regimentskommandeurs gegen Hitler eingesetzt werden konnte. Eine solche Langknechtsnatur, einen solchen Kadavergehorsam besaß der deutsche Soldat wahrlich nicht! Und auch im Kriege war es doch so, daß die Soldaten nichts schätlicher wünschten, als die Heimkehr, daß sie aber in der Mehrheit gewillt waren, zum Schutze der Heimat bis zum Letzten zu kämpfen! Der Tod Hitlers am 20. Juli hätte nach mei-

meiner Überzeugung unweigerlich den blutigsten Bürgerkrieg in der Heimat & an der Front zur Folge gehabt mit dem Zusammenbruch der Fronten & allen katastrophalen Folgen.

Und noch ein sehr ernster Gedanke: eine spätere Geschichtsschreibung wird auch die Folgen des nachgelassenen Attentats prüfen müssen & kann nicht daran vorbeigehen, wenn ein Mann wie Liddell Hart schreibt: (S. 501)

"Die Bombe der Verschwörer verfehlte ihr Hauptziel, aber sie hatte schreckliche Rückwirkungen auf die Schlacht in Bessac in ihrem kritischen Stadium"....

Und wenn Liddell Hart den General Blumentritt zitiert (S. 502 & 503) "Furcht durchdrang & lähmte die höheren Kommandostellen in den folgenden Wochen & Monaten... Der Einfluß des 20. Juli auf die Generale ist ein Gebiet, das ein Buch für sich füllen könnte"....

Geschichtlich steht dieses jedenfalls fest, daß die Ereignisse des 20. Juli & seine Folgen mit der ungeheuren Zahl an Opfern, die doch den Alliierten den Umfang des Widerstandes zeigten, ohne Einfluß auf ihre Politik blieben, indem sie, wie Churchill am 2. August 1944 in Unterhaus sich ausdrückte, darin einfach nur ein "gegenseitiges Morden der höchsten Persönlichkeiten im Deutschen Reich" erblickten.

Ich habe bereits in eindeutiger Weise deutsche Fehler gekennzeichnet, - so ist es nur berechtigt, auch die "Gegenseite zu beleuchten. Es ist gerade zu unserm Stoff hier notwendig. Denn wenn jemand glaubte, selbst zum Landesverrat berechtigt zu sein, wegen der Unmoral der eigenen Staatsführung(!), dann war doch die Frage erforderlich, ob die Gegner wirklich als moralisch so hochstehend anzusehen waren, daß man sie als Richter betrachten & daß man das deutsche Schicksal durch Unterhöhlung der deutschen Kriegsführung in ihre Hände legen durfte.

Ich will es kurz machen, um nicht den Anschein zu erwecken als wolle ich aus fremder Schuld die Berechtigung zu eigenem, schuldhaftem Tun ziehen:

Die Geschichte von Jahrhunderten hat gezeigt, wie jede feindlichen Großmächte ihre Weltreiche in Kriegen, in einem Meer von Blut & Tränen errichtet haben. Daß die Schuld am ersten Weltkrieg nicht Deutschland allein trifft - (moralisch sogar zum kleinsten Teil) - haben Historiker & Staatsmänner der Feindländer ausgesprochen (z.B.: Lloyd George). Die Ursache des 2. Weltkrieges hat am besten der französische Marschall Foch gekennzeichnet, indem er in Versailles auf die Kartes des polnischen Korridors (durch deutsches Gebiet)weisend „sagte:

"Dort liegen die Wurzeln eines neuen Krieges"!

Was aber die Kriegführung selbst betrifft, so glaube ich, jedem deutschen Verbrecher - das leh nie beschönigen will, - gleich Belastendes au-f der anderen gegenüberstellen zu können.

Nochmals betone ich: nicht um uns reinzuwaschen, spreche ich dies aus, aber ich meine, daß jene Männer, die die Deutsche Kriegführung durch Verrat unterwühlten, erodgen mussten, an wen sie ihr Land, ihr Volk verrieten, in wessen Hände sie das Schicksal dieses Volkes überantworteten. Und wir brauchen uns keinen Illusionen hinzugeben, wie dieses Schicksal geworden wäre, hätten nicht die feindlichen "Staatsmänner" - freilich zu spät - die asiatische Gefahr erkannt. !

Ich fasse nunmehr das Vorgetragenen & meine Ansicht über die deutschen "Widerstandskämpfer", insonderheit die des 20. Juli, zusammen:

1. Der Bruch des Treusides kann nur dann eine innere Rechtfertigung finden, wenn der Eidbrecher auf das Tiefste von der Notwendigkeit & der einzigen Möglichkeit solchen Tuns überzeugt ist und - ich betone: und - die berechnete Aussicht besteht, dem eigenen Volke dadurch Rettung oder wesentliche Wendung zum Besseren seines Schicksals zu bringen, & - nochmals: und - der Eidbrecher sich selbst, aber nicht andere, mit Leib & Leben für seine Überzeugung einsetzt & opfert.
2. Ich kann mir nichts anderes vorstellen, als das ein deutscher Feldmarschall nur aus vaterländischen Gefühl & nach schwerster Gewissensnot Schritte unternimmt wie von Witzleben. Ich lehne daher jede Beschimpfung von Männern, die aus "edlem Motte" handelten, ohne Landesverrat zu begehen, ab & versage diesen menschliche Achtung nicht.
3. Ich lehne im übrigen "sachlich" die Tat des 20. Juli ab, weil sie "sachlich" betrachtet von völlig falscher Beurteilung der Lage ausging, außen- wie innenpolitisch.
 - a) Außenpolitisch war auch bei geglücktem Attentat keine andere Haltung der Siegermächte zu erwarten. Von Churchills Rundfunkansprache an das englische Volk 1939 über Casablanca, Teheran, Jalta, Quebec mit dem Morgenthauplan bis zu Potsdam führt nur eine Linie des Vernichtungswillens. Hitlers Tod 1944 hätte an diesem Willen der Sieger, an ihrer Kriegführung & unserem nationalen Schicksal nichts geändert.
 - b) Innenpolitisch haben die Männer des 20. Juli die Haltung des deutschen Volkes jener Zeit in seiner großen Mehrheit, vor allem der

der jungen Frontsoldaten, völlig falsch eingeschätzt. Auch bei einem geglückten Attentat war nichts anderes zu erwarten, als daß wir zu allem sonstigen Leid noch einen Bürgerkrieg blutiger Art zu erwarten hatten. Nun wird gesagt, daß ein Zusammenbruch 1944 uns viel Blut & Opfer erspart hätte. Es erscheint mir müßig, Voraussagen zu machen über Entwicklungen, die nur durch wirklichen Ablauf erlesen werden können. Da aber soöches so oft behauptet wird, möchte ich diese als die mögliche, ja als die wahrscheinlichste Folge bezeichnen, daß der unzweifelhaft eingetretene Bruderkrieg mit unzähligen blutigen Opfern den sofortigen Zusammenbruch der Fronten, das Überfluten des deutschen Landes durch den Feind & dadurch die Gefangennahme & Verschleppung von noch mehr Millionen deutscher Soldaten & Bürgerlicher nach dem Osten verursacht hätte, als bereits geschehen.

Zusammenfassend bin ich der Auffassung: die Tat des Hochverrats vom 20. Juli findet eine geschichtliche Rechtfertigung nicht vom Gesichtspunkt der möglichen & tatsächlichen Folgen für das deutsche Volk. Ich spreche aber trotzdem klar aus, daß nach meiner Auffassung zu den noch lebenden Männern des 20. Juli die aus edlen, patriotischen Denken sich gegen Hitler wandten, ohne Landeserrat zu begehen, eine Brücke geschlagen werden kann & muß, um den Riß in unserem Volke, soweit es möglich ist, zu schließen.

4. Ich lehne alle jene ab, die dem Feinde in irgendeiner Form den Feinde Vorschub leisteten & dadurch Landeserrat begingen. Denn was bedeuten alle beschönigenden Worte wie z.B.: "Abstoppen des Krieges mit Hilfe der Gegner", wenn man diese Redensarten in ihrer Hohlheit richtig erkennt & kennzeichnet? Sie bedeuten Unterstützung des Feindes & seiner Kriegführung; - sie bedeuten Beeinträchtigung & Unterwühlen der eigenen Kriegführung, - sie bedeuten den Tod eigener Volksgenossen. Und das ist der Kernpunkt: es gibt wohl keine größere Machtübertragung, als wenn ein Mann als Vorgesetzter Befehle erteilen darf, die dem Untergebenen in den Tod führen können. Es gibt daher auch keine größere & heiligere Verantwortung, als wie sehr ein Vorgesetzter für das Leben der Männer hat, die ihm anvertraut sind, & die ihm vertrauen. Jeder Vorschub gegenüber dem Feinde, der die eigenen Kameraden, besonders aber Untergebene gefährdet, - durch Tat oder Duldung -, ist Verrat & Verbrechen. Und der Vorgesetzte, insbesondere der Offizier, hat eher selbst zu sterben, als daß er etwas tut, was seine ihm anvertrauten Leute über die Erfordernisse des Krieges hinaus gefährdet.

Nicht weniger gilt solcher Grundsatz allgemein für die gleichgestellten Kameraden den Kameraden gegenüber, für jeden Deutschen gegenüber seinem Volk.

Nicht weniger abzulehnen sind auch jene "Halben", wie ich sie nennen möchte, jene, die zwar keine militärischen Geheimnisse dem Feinde auslieferten, die aber - wie es beschönigend heißt - "geistige Verbindung" zu ihm & seiner Widerstandsbewegung hatten, die wußten, wo die Fäden dieses Widerstandes liefen, ihn durch ihre Duldung ermutigten & stärkten, während eigene Kameraden & Untergebene im Kampf gegen die feindliche Widerstandsbewegung standen & starben. Auch solche Männer üben Landesverrat. - Mögen sie sich auch ihrer Haltung rühmen & deswegen geehrt werden.

Soweit meine Anschauungen. Ich glaube, daß sie von weiten & Kreisen des deutschen Volkes geteilt werden. Ich bin vor allem überzeugt, daß der "Landser", um damit den Frontsoldaten zu bezeichnen - den Landesverrat uneingeschränkt ablehnt. Denn er weiß, daß er ihn mit seinem Blute zu bezahlen hat.

Der General Fricke als "Sachverständiger" im Braunschweiger Prozeß hat die einstige Wehrmacht eingeteilt in "Nur-Soldaten" & in "Denkende Soldaten", - eine Einteilung, die er bei Speidel abgeschrieben hat. Fricke hat ferner ausgesprochen, daß es eine Entschuldigung für die einstige Gutgläubigkeit der "Nur-Soldaten" jetzt nicht mehr gäbe.

Ihn möchte ich erwidern: wir alle haben in vielem geirrt! Sicher aber ist dieses, daß jede schlichten "Eidgetreuen", die an den Gedanken der Verteidigung der Heimat & an der Treue zu den Kameraden bis zum bitteren Ende festhielten, mehr für den moralischen Aufbau Deutschlands & der neuen Wehrmacht getan haben, als jene "Denkenden", die die Niederlage ihres Volkes wünschten, darauf hinarbeiteten & ihre Kameraden durch Verrat in den Tod trieben. —

Ich bin am Schluß. Aus den Reihen jener, die selbst Landesverrat verteidigen, klingt auch manches zweckbewußte, "versöhnliche" Wort, : man sollte endlich vergessen & Gegensätze überbrücken. Ich frage: wie kann man Vorgänge vergessen, die noch jetzt das deutsche Volk in tiefster Seele aufwühlen? Wie kann man eine Brücke schlagen zwischen Befrassen, die sich gegenüberstehen wie Feuer & Wasser?

Zum Landesverrat gibt es keine Brücke !!!

Diese dünkt mich unmöglich. Aber möglich & notwendig ist die Umkehr zu jenen alten, staaterhaltenden Faktoren, die die

Voraussetzung jeder sozialen Gemeinschaft sind:

Heiligkeit der Eidspflicht & Treue gegen das eigene Volk.
Haben wir diese Grundlage des Denkens wiedergewonnen, dann möge
Schweigen gebietet werden über jene tragische Vergangenheit in
der Hoffnung, daß eine Krörterung weiterhin un-s für immer er-
spart bleibe.

Wir haben uns heute eingehend mit dem Stoffgebiet " Eid &
Treuepflicht" befaßt, - einen Stoff, der die Gemüter bewegt hat,
seit es Völker & Völkchen gibt. Stets seit altergrauen Zeiten
galt Treue zum eigenen Volkstum als Tugend, Verrat als verächt-
lich.

Ich glaube nicht, daß dies seinen Ursprung aus einem
Zweckmäßigkeitsgrunde der Selbsterhaltung allein herleitete,
sondern vielmehr aus dem tiefen Gefühl für ein gegebenes Natur-
gesetz entsprung.

Denn wir schämen uns denen, die in Jahrhunderten durch
ihre Arbeit oder gar ihr Blut den Grund geschaffen haben,
auf dem wir stehen.

Und es ist jener ergreifende Vers zu verstehen, der
über dem Heldenfriedhof in Kiel steht:

Wir Toten fordern als unser Recht
Die alte Treue von neuen Geschlecht !

Das, übernommene Erbe der Vorfahren aber legt uns auch die
Verpflichtung auf, es den kommenden Geschlechtern zu bewahren
& damit diesen Treue zu beweisen.

Und so will ich meine Ausführungen schließen mit dem
schönen Wort:

Wir leben, um zu hinterlassen !

25-12-58

Korr. Baumgart-
Boehm v. 8.9.66-
29.1.67

Bl. 54-66

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr. Winfried Baumgart
(Wissenschaftl. Assistent
am Historischen Institut
der Universität des Saar-
landes)

66 Saarbrücken
Mecklenburgering 72

Herrn
Generaladmiral a.D.
Hermann Boehm

8. September 1966

Eutin-Fissabrück
Sielbecker Landstr.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 4240/69	Best. 25
Rep.	Kat. V. Mei

12

Hochverehrter Herr Generaladmiral!

Ich erlaube mir, Sie um folgende Auskunft zu bitten:
 In einer historischen Zeitschrift möchte ich in Form eines Aufsatzes die verschiedenen Versionen der Rede Hitlers vor den höheren Befehlshabern der Wehrmacht am 22. August 1939 behandeln. Eine der bekannten Versionen stammt von Ihnen. Ich habe versucht, die bereits in Nürnberg verwendete Aufzeichnung ohne Unterschrift (Dok. PS 798 und PS 1014) mit Hilfe des vor kurzer Zeit veröffentlichten Tagebucheintrags Greiners im OKW-Tagebuch vom 22. 8.39 (KTB des OKW Frankfurt /M. 1965 Bd. 1, S. 947ff.) als die Version Canaris' zu identifizieren. Die zum Teil wörtliche Übereinstimmung dieser beiden Versionen und Greiners Bemerkung, er habe seine Eintragung auf ^{Grund} Fragen mündlicher Rekapitulation Warlimonts und stenographischer Notizen Canaris' angefertigt, veranlassen mich zu diesem zwingenden Schluß. Ich möchte Sie fragen, ob Sie grundsätzlich gegen diese meine Beobachtung Bedenken haben. Zum besseren Vergleich lege ich die beiden Versionen abschriftlich bei.

Da die Aufzeichnung ohne Unterschrift aus OKW-Akten stammt, die General Winter laut Nürnberger Protokoll nach Kriegsende in Saalfelden (Tirol) den Amerikanern übergeben hat, dürfte von vornherein klar sein, daß sie von einem höheren Offizier des OKW stammt: Es kämen in Frage: Keitel, Warlimont, Reinecke, Thomas, Canaris. Auch diese Überlegung führt mich auf Canaris als Verfasser der Aufzeichnung.

Meine Fragen dazu sind: Warum ist die AoU weder mit Unterschrift, Ort noch sonstigen Dienstvermerken versehen? (Die AoU ist übrigens als maschinenschriftlicher Durchschlag aufgefunden worden.) Deutet das nicht auf Absicht heimlicher (zumindest nichtdienstlicher) Verwendung hin? Ist es möglich, eine solche Absicht bei einem Adjutanten ohne weiteres anzunehmen? Das sogenannte kleine Schmundt-Protokoll (also von einem Adjutanten verfaßte Protokoll) hat dagegen neben der Unterschrift die nötigen Dienstvermerke und ist auf vorgedruckten Protokollblättern geschrieben.

Die Wiedergabe der Rede Hitlers in Greiners Buch "Die Oberste Wehrmachtsführung" kenne ich auch. Sie lehnt sich übrigens noch stärker als seine Kriegstagebuch-Aufzeichnung an die AoU an.

Sie erwähnen auch eine Niederschrift von Generaladmiral Carls. Könnte sie mir zugänglich gemacht werden? Vielleicht kennen Sie die Adresse von Angehörigen des Generaladmirals.

Für Ihre freundliche Bereitschaft, auf meine Fragen einzugehen, bin ich Ihnen zu großem Dank verpflichtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Baumgart
(nach Diktat vereist)

i.A. *Kauz*

(Sekretärin)

Institut für Zeitgeschichte

75-12-61
d. 17. 12. 66

Ihre geehrten Herr Dr. Baeringer!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom
8. Sept. 66, das ich erst jetzt erhielt, da ich von Berlin
nach Kiel umgezogen bin. Ich bin gern bereit, Ihre
Fragen nach bestem Können zu beantworten.

Was zunächst den Bericht betrifft, die Hülfeich ungenau
ohne Unterschrift (Dok. Pf 798 u. Pf 1014) als die
Version Banaris' zu identifizieren, so möchte ich hiermit
meinen starken Zweifel ausdrücken. Denn, wenn ich
es auch nicht beiden Zünfte nach dieser langen Zeit,
so glaube ich doch fast mit Bestimmtheit sagen zu
können, daß Banaris bei der Insprache Killens am

X 22. Aug. 39 nicht dabei war. Die Teilnehmer versammel-
ten sich ja vor der Insprache in dem großen Saal mit
dem riesigen Fenster d. Küstweg auf das Gebirge, Gespräch-
ton sich d. Sprachen mit einander, so daß ich sicherlich
auch auf Banaris gestossen wäre. Eine solche Gelegenheit
wäre auch weiterhin gegeben gewesen, da Biller aus in

X einer Pause seiner Rede ein frühzeitig auf der Terrasse

vor dem Berghof am kleinen Tücher 946. Anwesend
 von dem Marine waren außer Propagandaminister Goebbels
 Generalleutnant Albrecht, Befehlshaber der 3. Marine-
 Division Ost, ich als Flottenchef u. der mir unterstellte
 damalige Kommandeur General Jensch, Befehlshaber der
 Küstenschutzgruppe. So glaube ich also nicht, dass Gamaeri
 dabei war. So waren ja auch außer den obersten Spitzen der
 Behörde vor allem die Froyl-Befehlshaber mit der En-
 spreche befohlen, auf die Hitler einwirken sollte, - so dass
 der Chef der Wehr für diesen Kreis wenig in Frage kam. Das
 schließt aber nicht aus, dass Gamaeri bei den vielen Besuchen
 zum, die er hatte, von einem Teilnehmer am gleichen oder
 folgenden Tage sofort unterrichtet wurde u. seine kenogra-
 phischen Notizen machte, die freier dann in seiner die-
 tetschrift für das Kriegstagebuch veröffentlichte.

Auf Ihre Frage, ob Hitler vor der Ausprache verbot, diese
 X nicht zu schreiben, kann ich mit 100%iger Bestimmtheit
 sagen, dass er dies nicht tat. Ich hätte daher nicht zwin-
 gen können, die Rede in Stichworten, dazu habe ich
 mich in der Erklärung besonderer Ausführungen ein größeres
 Maß nicht mitgeteilt, hinter dem breiten Rücken

eines Vertrags mitzuschreiben, wobei ich das Uebrigste in
 den Worten, das Bedeutsame in vollem Wortlaut
 schrieb. Ich habe wohl beobachtet, daß auch jemand
 mitgeschrieben. Am Abend, wenige Stunden nach der
 Aussprache, habe ich dann nach diesen Notizen in
 München meine Hülfezeichnung der Rede gemacht, die
 ich später in dem Nürnberger Prozess über Rechtsan-
 walt Siemers, bezw. Gaeder dem FBT einreichte. Da
 ich H. W. meine Hülfezeichnung das einzige, im Nürnber-
 ger Prozess mit Name u. Bild bezifferte Dokument,
 das über diesen geschichtlichen Vorgang in Nürnberg vor-
 gelegt hat. Rechtsanwalt Siemers, der Verteidiger
 Gaeder, schrieb mir dann auch, daß meine Mitarbeit
 „von unschätzbarem Wert“ gewesen sei.

Auf Ihre Frage: Ja, ich besitze noch einen Durchschlag
 meiner Niederschrift der Rede, trotzdem ich meine
 sonstigen zahlreichen Dokumente, so auch ein Exem-
 plar der Rede, dem Bundesarchiv - Militärarchiv
 in Koblenz auf dessen Bitten überlassen habe. Sie
 finden aber meine Version der Rede in der Gesamt-

Wiedergabe des Nürnberger Prozesses; FMT Band 57,
Seite 16-25. Sicher ist doch diese Wiedergabe des Pro-
zesses an der dortigen Universität, wie z. B. Werner (Kiel),
vorhanden.

Bemerkungen möchte ich noch, daß der Schlußsatz in der
Schrift FMT 298-IV, wonach Höring dem Führer dankte
i. die Versicherung der Pflichterfüllung der Wehrmacht
ansprach, absolut unzutreffend ist. An dem 12. März 34
hat einzig i. allein Höcker gesprochen, es fand weder
bei Disziplinieren oder Schlußwortgebung eines Anwesen-
den statt.

Abschließend möchte ich fragen, ob mein 1956 heraus-
gegebenes Buch „Norwegen zwischen England u. Deutsch-
land“ in der dortigen Uni-Bibliothek vorhanden ist.
Dieses rein politische Buch über die Einwirkung der Poli-
tiz in Norwegen vor i. nach der Einnahme durch England habe
ich auf Grund mehrer Dokumente als einseitiger Marine-
Oberbefehlshaber in Norwegen geschrieben. Ich wäre bereit,
der Universität ein Exemplar zu schicken.

Ihr sehr ergebener
F. Oetzel

Dr. Winfried Baumgart

66 Saarbrücken
Mecklenburgring 72/IV

Nov.
9. September 1966

Herrn
Generaladmiral a.D. Boehm

23 Kiel

Esmarchstr. 53

Hochverehrter Herr Generaladmiral!

Erst heute komme ich dazu, mich wieder mit der Ansprache Hitlers vom 22. August 1939 zu beschäftigen. Für Ihr ausführliches Schreiben vom 17. September dieses Jahres bin ich Ihnen sehr dankbar. Sie sind der einzige von den angeschriebenen Teilnehmern, die meine These, die in Nürnberg verwendeten Aufzeichnungen ohne Unterschrift (Dokument 798-PS und 1014-PS) stammten von Canaris, in Zweifel setzen. Von Kritik lebt aber der Historiker, deshalb sind mir Ihre Bedenken besonders wertvoll, die mich veranlassen, meine These erneut zu überprüfen.

Direkte Teilnahme Canaris' wird in der bisherigen Literatur u.a. von Warlimont, Greiner und Kordt bezeugt, wobei Warlimont als Teilnehmer zunächst als zuverlässigster Gewährsmann zu gelten hat. Ich will noch einmal an die heute noch lebenden Teilnehmer ausdrücklich die Frage über die Teilnahme Canaris' stellen. Natürlich kann die Erinnerung 27 Jahre nach dem Ereignis nicht mehr frisch sein. Ihnen möchte ich folgendes zu bedenken geben: Sie schreiben mir, von der Marine seien außer Großadmiral Raeder, Generaladmiral Albrecht, Sie selbst und Konteradmiral Densch anwesend gewesen. In diesem Kreise hätten Sie Canaris nicht gesehen. Canaris führte aber damals nur noch den Titel Admiral, als Chef der Abwehr dürfte er sich nicht mehr unmittelbar mit der Marine verbunden gefühlt haben. Wenn General Warlimont vom OKW anwesend war, warum sollte dann Canaris als sein Chef nicht erst recht dabei gewesen sein?

Daß Ihre Erinnerung keine absolute Beweiskraft haben kann, darf ich Ihnen an folgendem Beispiel zeigen: Sie schreiben mir, der Schlußabsatz im Dokument 798-PS, wonach Göring dem Führer dankte, sei "absolut unzutreffend". Göring selbst hat aber in Nürnberg bestätigt: "Die Wehrmacht wird ihre Pflicht tun. Ganz selbstverständlich, wenn sie aufgerufen wird, hat sie ihre Pflicht zu tun." (IMT Bd. 9 S. 547) Die Wiedergabe Ihrer Nachschrift der Rede in IMT Bd. 51, S. 16-25, kenne ich natürlich. Meine Frage damals bezog sich vielmehr auf Ihre Notizen, die Sie während der Rede machten. Sind diese noch vorhanden? Für die Historie sind sie als unmittelbares Zeugnis nämlich ungemein wichtiger. Da Sie aber Ihre Akten, dazu wahrscheinlich auch Ihr Notizbuch, dem Bundesarchiv zur Verfügung gestellt haben, werde ich dorthin eine entsprechende Anfrage richten.

Die genaue Zahl der Teilnehmer an der Ansprache ist übrigens nicht genau auszumachen. Vielleicht können Sie mir darüber eine ungefähre Angabe machen. Ich schätze sie auf etwa 40-45. An Marine-Teilnehmern ist in Raeders Erinnerungen noch Admiral Schniewind erwähnt. General Warlimont schreibt mir auch von einem Admiral Rolf Carls (1945 gefallen), von dem es auch eine Niederschrift der Rede geben soll. Leider habe ich noch nicht die Angehörigen Carls' ausfindig gemacht, von denen ich über Verbleib dieser Niederschrift genaueres erfahren könnte.

Ihr Buch "Norwegen zwischen England und Deutschland" ist in der hiesigen Universitätsbibliothek vorhanden. Für das Historische Institut habe ich es auf Institutskosten bestellt.

Für Ihre freundliche Hilfsbereitschaft danke ich Ihnen sehr und verbleibe mit vorzüglicher Hochachtung

Institut für

Generaladmiral a. D. Boehm
23 Kiel, Esmarchstr. 53
Tel. 491 09

2. 16. XI. 66

Sehr geehrter Herr Dr. Fräulingart!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 9. Nov. 66.

Was die angebliche Teilnahme von Banario an der Anopnarte Mickers vom 22. Aug. 39 betrifft, so wäre es m. E. zweckmäßig, auch Generaladmiral a. S. Albrecht zu hören. Wahrscheinlich haben Sie es schon getan, - für alle Fälle seine Anschrift: Flammberg - Str. Flottbeck, Süderstr. 4.

Ihrer Überzeugung, daß Banario zwar den Titel Admiral hatte, sich aber als Chef der Flottille mit der Marine nicht unmittelbar verbindend fühlte, vermag ich nicht zu folgen. Sie wählen - wie ich - den Kreis der Teilnehmer auf etwa 40-45. Soweit von der Anopnarte, wie in der Fräulingart'schen während Mickers Anopnarte besprochen wie hier durch den Handelwandel, begünstigen in Sprachen mit Begehrten. Ich glaube, daß Banario, falls er dabei war, auch mit mir gesprochen, zum mindesten mich als alten Kameraden angesehen hätte. Aber, wie bereits gesagt, kann ich darüber keine 100%ige Aussage machen.

ganz bestimmt aber kann ich sagen, daß Seneca Ladmiral
 Gerke bei der Insprache wirklich dabei war. Es ist klar
 bestimmt! Was die Familie von Gerke betrifft, so ist seine
 Frau i. ein Stiefsohn etc., eine verheiratete Stieftochter
 - Name mir unbekannt - lebt m. V. in Hamburg. Eine ver-
 heiratete Schwester von Gerke, Frau Zilke zur Nieden, wohnt
 in Ludwig - Bonzenstein, Friedr. Str. 15.

Die Aussage von Böding in Mühlberg über die Antwort an
 Berlin nach dessen Insprache überzogen wird nicht. Eine solche
 Aussage entspricht m. Z. dem ganzen Brieflichen Böding vor dem
 Senat. Hätte Böding tatsächlich noch gesprochen, so hätte ich dies
 in meinen Notizen vermerkt. Das ist nicht der Fall.

Meine während der Rede gemachten Notizen habe ich, nachdem
 ich ein wenig Hände wäschen und Tinte u. anfertigen
 in Paris gebracht hatte, vernichtet. Made!

Für meinen Mitarbeiter stets bereit

Ihr sehr ergebener
 Böcklin

Institut für

Dr. Winfried Baumgart

75-12-69
66 Saarbrücken
Mecklenburgring 72/IV

26.1.1967

Herrn
Generaladmiral a.D. Boehm
23 Kiel
Esmarchstr. 53

Hochverehrter Herr Generaladmiral!

Verzeihen Sie, wenn ich Siennochmals um eine kleine Auskunft im Zusammenhang mit Hitlers Rede vor den obersten Wehrmachtführern am 22. August 1939 bitte. Professor Gerhard Ritter (Freiburg), dem ich das Manuskript meines Aufsatzes zusandte, hält an seiner Auffassung fest, die in Nürnberg als Beweisdokument nicht anerkannte Version der Rede, die dem amerikanischen Journalisten L.P. Lochner zugespielt wurde, sei die Wiedergabe einer Rede, die Hitler am Nachmittag des 22. August vor Parteigrößen und SS-Führern gehalten habe. Dadurch ließe sich zwanglos der ordinäre Jargon Hitlers erklären, den dieser vor den Generalen unmöglich habe anschlagen können. Ritter stützt sich auf eine private Aussage Halders, der ihm "sehr eindringlich den sonderbaren Eindruck geschildert" habe, den die Generale gehabt hätten, als während des Essens sich der Berghof mit solchen Funktionären gefüllt habe. Meine Frage ist nun: Können Sie sich erinnern, am 22. August auf dem Berghof Parteigrößen und SS-Führer gesehen zu haben? Ich könnte mir denken, daß Halder den 22. August mit dem 14. August verwechselt hat, an dem Hitler ebenfalls auf dem Berghof Brauchitsch, Halder und den Generalstabschefs (nicht den kommandierenden Generalen und Admiralen wie am 22. August; vgl. Halder-Tagebuch vom 14.8.1939) ähnliche Gedankengänge vorgetragen hatte wie am 22. August.

Eine zweite Frage, die sich kurz beantworten läßt: Meine Quellen sagen Widersprüchliches darüber aus, ob am 22. August die Herren in Zivil oder in Uniform erschienen seien. Können Sie sich an diese Einzelheit erinnern?

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

bin ich

23 Kiel, Eismarchstr. 93, d. 29. I. 67

Sehr geehrter Herr Dr. Baumgard!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Briefes vom 26. I. 67 und bin gern bereit, Ihre beiden Fragen zu beantworten.

1.) Ich hatte ursprünglich davon fest, daß Hitler seine Rede am 23. August 39 vor- und nachmittags vor uns, den Generalen und Admiralen gehalten hat. Daß sich der Angriff während des Essens - dieses fand an kleinen Tischen auf der Terrasse statt - „mit Funktionären der Partei gefüllt habe“, habe ich für ausgeschlossen, ohne daß mir dies auf gefallen wäre. Das einzige Mitglied der Partei, das einmal 1939 für wenige Minuten in den Jagdzaun, in welchem Hitler vor uns sprach, war der Inspektor v. Ribbentrop, der mitten in den Korymben herum kam, um sich bei Hitler für seinen Feind nach dem Abschluß des Vertrages mit den Sowjets

jels in verarbeiteten, Hitler drückte ihm das Hand
 sprach einige Worte in ihm, das ich nicht verstehen
 konnte, denn um die Zeit der Reden des 22. Sept.
 Das andere Parteiprogramm am 22. Sept. an der Seite
 Hitlers teilgenommen haben, falls in die Ange-
 schlossen. Im Übrigen erkläre die Rede Hitlers, so
 groß auch seine irrtümliche Annahme war, den Krieg auf
 Polen begrenzen in Zönnen-, keinerlei „ordinären
 Farnen“, wie er später in Presse d. Münchener ver-
 breitet würde.

2.) Die 2. Frage ist kurz zu beantworten. Bei der
 Rede Hitlers am 22. Sept. waren alle Anwesenden
 mit Ausnahme Hitlers in den bekannten Partei-
 umform - in Folge. Ich erinnere mich noch deutlich
 des Inhalts von Göring, der in einem Jagdgewand
 erschien. Die Zusammenkünfte auf dem Obersalz-
 berg würde von den verschiedensten Punkten aus
 in geheimen Form durchgeführt.

In weiteren Umständen jeder Zeit gern bereit.

Ihr sehr ergebener
 Goebbels